

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonell-Zeile 50. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Wreb. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Neues Material über die Notwendigkeit der Arbeitszeitverkürzung.

In Lugano wurde 1910 vom Internationalen Kongress für gesetzlichen Arbeiterschutz eine Spezialkommission eingesetzt, die die Arbeitszeit in den ununterbrochenen (kontinuierlichen) Betrieben untersuchen und Vorschläge ausarbeiten sollte. Diese Kommission, bestehend aus Sachverständigen, Regierungsvertretern, Nationalökonomern, Arbeitervertretern, Fabrikinspektoren, Unternehmern, Politikern usw., hat im Juli 1912 in London getagt und dem soeben in Zürich abgehaltenen Internationalen Kongress für gesetzlichen Arbeiterschutz einen umfangreichen Bericht erstattet, der sehr wertvolles Material für die Gewerkschaften enthält. Die Kommission hat nach Anhörung von Sachverständigen (Arbeitgebern und Arbeitnehmern) nach Durchsicht eines gemauerten Materials aus allen Ländern und Berufen, nach Besichtigung mehrerer Betriebe mit langer und kurzer Arbeitszeit nicht nur die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit in den ununterbrochenen Betrieben festgestellt, sondern darüber hinaus die sittlichen und volkswirtschaftlichen Vorteile der Arbeitszeitverkürzung überhaupt in überzeugender Weise dargelegt.

Wir heben in folgendem das Wichtigste aus dem Bericht kurz hervor, der in französischer Sprache nur an die Interessenten abgegeben wurde und bisher noch nicht für die Presse bearbeitet worden ist. Zunächst wird festgestellt, dass für ununterbrochene Betriebe unbedingt die 8 stündige Arbeitszeit nötig sei. Darüber waren fast alle Vertreter der 15 Länder und Regierungen der 9 Länder, deren Vertretungen die Kommission bildeten, einig. Die 12stündige Schicht habe derartig schwere Schädigungen im Gefolge, dass an ihre Beibehaltung nicht mehr zu denken sei. Sämtliche Sachverständige hielten vielmehr im Interesse der Nationen, des Wohlstandes des Volkes, der Gesundheit der Völker und im Interesse der Volkswirtschaft wie der Industrie eine Verkürzung der Arbeitszeit für absolut nötig und auch durchführbar. So sagte der Bericht des Aktionsausschusses des Stahlwerkes in der Vereinigten Staaten von Amerika am Schluss folgendes (was deshalb bedeutungsvoll ist, weil es sich um einen Verband handelt, der die größten Arbeitgeber der ganzen Welt umfasst):

„Wir sind der Ansicht, dass eine 12stündige Arbeitszeit... zur Herabsetzung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter und zur Verringerung ihrer Stärke und Manneskraft führt.“

An einer andern Stelle sagt der Bericht ferner:

„Bei einer 12stündigen Schicht bleibt dem Arbeiter nur ganz wenig Zeit zur Selbsterziehung, zum Familienleben, zur Erholung und zur Ruhe übrig... Durch die vernünftige Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Arbeiterbevölkerung von heute erhalten wir die besten Bürgerschaften einer gesunden, intelligenten und schaffensfähigen Bürgerschaft in der Zukunft.“

Aus diesem Bericht der Stahlmisionäre spricht zwar die Sorge um die Hennen, die dem Kapital die goldenen Eier legen, allein wenn so gar sie die Verkürzung der Arbeitszeit für unumgänglich nötig halten, um wieviel mehr wir, die wir aus andern Gründen als die Unternehmer dafür eintreten! Der Bericht fügt hinzu, dass der amerikanische Kongress jüngst durch Gesetz bestimmt habe, dass alle Arbeiten für den Staat nur in Betrieben hergestellt werden dürfen, die die Achtstundenschicht eingeführt haben. Durch dieses Gesetz würden in Kürze auch alle andern Betriebe gezwungen werden, die Achtstundenschicht einzuführen.

Von den von der Kommission vernommenen Unternehmern erklärten die Vertreter der chemischen Fabrik Brunner, Mond u. Co., dass durch die Verkürzung der Arbeitszeit eine sichtlich Besserung in bezug auf Mächtigkeit und Gesundheit der Arbeiter eingetreten sei. Herr Crossfield, Chef der bekannten Seifen- und Chemikalienfabrik in Barrington erklärte, dass sich in seinen Betrieben die Verkürzung der Arbeitszeit vom kommerziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte als absolut gerechtfertigt erwiesen habe und dass die Angestellten daraus enorme geistige und körperliche Vorteile zögen. Nicht nur in den ununterbrochenen, sondern auch in andern Betrieben sei das festzustellen. Er fügte hinzu:

„Auf Grund der Erfahrungen der Leute, die sowohl unter 12stündigen Schichten als 8stündigen Schichten gearbeitet hatten, nach einem Vergleich des Standes der Dinge in denjenigen Landesteilen, in welchen lange Arbeitszeiten herrschten, und jenen, die den 8stündigen Betrieb hatten, komme ich zu der Ueberzeugung, dass der Gegensatz nur vorkommt, wie jener zwischen Barbarei und Kultur!“

So spricht ein Großunternehmer Englands. Zu dieser Erkenntnis vermochten sich, wie aus dem Bericht deutlich hervorgeht, nicht einmal die Herren Giesbertz, Wieber, Tischendörfer und die andern christlichen und Hirsch-Dunderschen Arbeitervertreter aufzuschwingen!

Ein anderer Industrieller, Sir Alfred Mond, sagte aus:

„Es lassen sich durch entsprechende Organisation für den Industriellen bessere Ergebnisse erzielen, wenn man seine Arbeiter nur durch eine solche Anzahl von Stunden beschäftigt, die ihren Geist und Körper schaffensfreudig erhalten, als wenn man an Löhnen dadurch sparen will, dass man die Arbeiter über die Grenzen ihrer besten Leistungsfähigkeit hinaus anstrengt.“

Die Maschinenbauanstalt Mather u. Platt führte für ihre 1200 Arbeiter den 8stündigen Arbeitstag ein resp. die 48stündige Woche, und der Chef erklärte der Kommission:

„... Die wirtschaftliche Produktionsweise ergibt sich dann, wenn die Arbeiter nur so lange beschäftigt werden, als sie auf der Höhe stehen. Sobald dieses Stadium erreicht ist, ist ihre weitere Arbeit wirtschaftlich minderwertig.“

Echt englisch ist dabei die Aussage eines Fabrikanten, der erklärte, das Dreischichtensystem zu je 8 Stunden habe sich bewährt, dass die englischen Unternehmer gar nicht den Wunsch hätten, dieses System auch anderswo eingeführt zu sehen; sie würden es vorziehen, die Vorteile der Arbeitszeitverkürzung für sich zu behalten. Die bedeutendsten Unternehmer hätten konstatiert können, dass bei Verkürzung der Arbeitszeit die Produktion zugenommen habe, ja, dass alsbald ohne Steigerung der Stücklohngröße dieselben Wochenergebnisse erreicht würden, wie früher bei langer Arbeitszeit.

Der amerikanische Kongressausschuss kam aus Anlaß der Erörterung der Zollrevision zu dem Schlusse, „dass Papier am billigsten in den Fabriken hergestellt werde, in denen das 8-Stunden-System besteht, dank der besseren und wirksameren Arbeit, die wahrscheinlich durch diese Methode ermöglicht worden ist“. Hingewiesen wurde in der Kommission auch auf die Ergebnisse des Professors Abbe in Jena, der bei 253 Arbeitsverrichtungen festgestellt hat, dass bei Verwendung genau derselben Maschinen in 8 Stunden eine um 4 Proz. größere Leistung erzielt wurde, als vorher in 9 Stunden. Zu denselben Resultaten kamen die chemischen Fabriken von Egis u. a. m. In Norwegen sei deshalb in der gesamten chemischen und elektrochemischen Industrie, ebenso in einigen andern Ländern, die 8stündige Arbeitszeit eingeführt worden, und, so fügt der Bericht als seine Meinung hinzu: „überall illustriert die ökonomische und sittliche Wirkung aufs treffendste die Verkürzung der Arbeitszeit, überall schlägt sie zum wirtschaftlichen Vorteil aus und der Widerstand dagegen beruht nur noch auf eingewurzelten Vorurteilen! Es sei auch nicht wahr, daß der Uebergang von der längeren zur kürzeren Arbeitszeit, der Uebergang von dem Zwei- zum Dreischichtensystem (2. 8-Stunden), technische Schwierigkeiten herbeiführt.“

Einige Parlamentarier, Hr. John Lodge und Aldermann B. Walls, Friedensrichter, wiesen der Kommission nach, daß die 8-Stunden-Schicht im Hochofen- und Stahlschmelzbetrieb „nicht nur zur gleichen Zufriedenheit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeführt worden sei, sondern daß auch die Löhne dieser Leute, obwohl sie auf der Grundlage der Produktionsmenge berechnet werden, höher seien, als jene der Arbeiter, die 12 Stunden arbeiten“. Bei einem Besuche, den die Kommission den Hüttenwerken in Widdlesbrough machte, konnte sie sich an Ort und Stelle davon selbst überzeugen; in diesem Werke standen 2000 Arbeiter, aber niemand wünschte den alten Zustand der langen Arbeitszeit resp. des Zweischichtensystems wieder herbei. Der Vertreter Finnlands forderte die 8-Stunden-Schicht besonders für die Arbeiter der Sägemühlen, der Papier- und Holzstoffindustrie, denn die hohe Unfallziffer in diesen Berufen sei eine Folge der langen Arbeitszeit.

Aus allen diesen Gründen kam die Kommission zu dem Entschlusse, die Regierungen zu ersuchen, die 8-Stunden-Schichten gesetzlich einzuführen und zwar „im Interesse des körperlichen und sittlichen Wohlergehens der Arbeiter und im sozialen und volkswirtschaftlichen Interesse“. — Leider wurde auch konstatiert, daß in Deutschland und in der Schweiz fürs erste noch keine Aussicht bestehe, dieses schöne Ziel zu erfüllen. Es müssen dort halt die Gewerkschaften nachholen, was die Regierungen veräumen!

Wohltaten oder Rechte?

Die „Gummi-Zeitung“, ein Unternehmerblatt, das sich durch einen besonders hohen Grad sozialer Einsichtslustigkeit recht unangenehm auszeichnet, rühmte kürzlich in einem Artikel die Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen in der deutschen Industrie. Dabei flossen dem Verfasser des Artikels einige Wahrheiten aus der Feder, die wir hier festhalten wollen. Einleitend bekennet er, daß der deutsche Arbeiter „im allgemeinen wegen seines Fleißes, seiner Intelligenz und Ausdauer in der ganzen Welt geschätzt“ wird. Kurz darauf wird dem Arbeiter auch noch sprichwörtliche Anpruchslosigkeit nachgerühmt. Nun halten wir die zuletzt genannte Eigenschaft ganz gewiß nicht für eine Tugend des Arbeiters, im Gegenteil, wir sind nach besten Kräften bemüht, diese fortschrittseindliche Anpruchslosigkeit in aufwärtsstrebende Begehrlichkeit umzuwandeln. Aber es verdient doch festgehalten zu werden, daß die „Gummi-Zeitung“ hier den Arbeitern Eigenschaften nachrühmt, die sie ihnen schon so und so oft abgesprochen hat. Die Erlösung des Blattes geht jedoch noch weiter. Sie anerkennt nicht nur die guten Eigenschaften der Arbeiter, sondern auch ihr Verdienst um die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie. Der Unternehmer, „und wäre er der tüchtigste und begabteste Geschäftsleiter“, kann allein die Größe, den Ruf und die Leistungsfähigkeit einer Firma nicht begründen, dazu gehört „ein Zusammenwirken aller Faktoren, ein bewußtes, ineinandergreifen der zahlreichen Mächte eines Betriebes“. Zwar ist die Anerkennung noch bedingt, aber für ein Blatt wie die „Gummi-

Zeitung“, das gemeinhin den besten Tratsch gegen und über die Arbeiter serviert, ist es schon allerhand.

Das Unternehmerblatt geht aber noch einen Schritt weiter. Es stipuliert die Pflicht der Unternehmer, den Arbeiter, der „alles für die Firma“ getan hat, nun auch angemessen zu belohnen. Aus der eifrigen und erfolgreichen Tätigkeit der Arbeiter „erwächst dem Unternehmer die moralische Pflicht, am Erfolg seiner Unternehmung „einigen teilnehmen zu lassen, die redlich das Ihrige dazu beigetragen haben“. So weit, so gut! Leider erbt die Einsicht der „Gummi-Zeitung“ nach diesem beinahe energischen Appell an das Pflichtgefühl der Unternehmer sofort wieder ab. Sie hat nämlich die Entdeckung gemacht, daß ihr Appell eigentlich überflüssig ist, denn — die Unternehmer genügen ihrer moralischen Pflicht ohne Zwang und Nothung. Allerdings gesteht sie verschämt ein, daß „mit der Lohnzahlung allein“ die Leistungen der Arbeiter „nicht abgegolten“ sind, d. h. daß der Arbeitslohn zu dem Wert der geleisteten Arbeit in kein rechtes Verhältnis zu bringen ist, aber „im Bewußtsein jener moralischen Pflicht“ sind auch alle jene Wohlfahrts-Einrichtungen geschaffen worden, die in ihrer Gesamtheit nicht nur ein gewaltiges Denkmal sozialer Erkenntnis der deutschen Gewerkschaften sind, sondern zugleich dargetun, daß auch ohne gesetzliche Zwang der soziale Geist in unserm deutschen Volke lebendig ist und sich weit vielseitiger betätigt, als die bürokratisch verwalteten Zwangseinrichtungen unserer sozialen Gesetzgebung.“

Wohlfahrts-Einrichtungen statt Sozialgesetze — darauf läuft also die so vielversprechend einsetzende Abhandlung der „Gummi-Zeitung“ schließlich hinaus. Die Unternehmer sollen „bureaucratischen Zwanges“ ledig werden, dann werden ihre menschenfreundlichen Bestrebungen sich voll und frei entfalten, dann wird unter der überströmenden Menschenliebe des Kapitalismus Not und Elend verschwinden wie Schnee in der Frühlingssonne. Denn in den deutschen Unternehmern ist ja der „soziale Geist“ lebendig, sie haben sich ja schon jetzt, trotz der lästigen Zwangsgesetze, die die freie Betätigung der Menschenfreunde so sehr hemmt, „ein gewaltiges Denkmal sozialer Erkenntnis“ in ihren freiwilligen Wohlfahrts-Einrichtungen gesetzt. Wie würde diese Menschenliebe sich erst entfalten, wenn sie, aller Tresseln ledig, frei sich entfalten könnte!

So der Gedankengang des Artikels der „Gummi-Zeitung“. Nun vertritt sich aber dieser Dithyrambus gar nicht mit der Tatsache, daß von der gepriesenen sozialen Einsicht der Unternehmer vor Einführung der Sozialgesetze und besonders vor dem Zusammenschluß der Arbeiter in Gewerkschaften so gut wie nichts zu merken war. Er vertritt sich auch nicht mit den fortwährenden Klagen über die allzu starke Belastung der Industrie durch die soziale Gesetzgebung. Denn entweder belasten die sozialen Gesetze die Unternehmer ungebührlich und dann ist es plumpe Demagogie, von der Unternehmerfürsorge ohne Zwang noch weiterzugehen, also kostspieligere soziale Maßnahmen zu versprechen, oder die Belastung hält sich in bescheidenen Grenzen, und dann ist der Sommer über die sozialen Lasten eine wohlberechnete Täuschung.

Aber wir wissen, warum die Unternehmer des Zwanges ledig sein und ihre soziale Pflicht nach eigenem Maßstab erfüllen möchten. Es ist nicht nur das Bestreben, billiger fortzukommen, sondern auch, ja in erster Linie, die Berechnung, daß die vom Unternehmer geschaffene und gerichtete private Fürsorge leicht und sicher zu einem kapitalistischen Zwangsersatzmittel ausgestaltet werden kann. Die sozialen Gesetze geben den Arbeitern bestimmte Rechte, die unterschiedslos allen Arbeitern zustehen; die Wohlfahrts-Einrichtungen aber geben nur Geschenke, deren Verteilung, Höhe und Dauer der Unternehmer bestimmt. Der Durchschnittsunternehmer gibt dem Arbeiter aber lieber zehn Quentchen Gnade als ein Quentchen Recht. Denn das Recht macht rebellisch, feigert das Selbstgefühl, die Gnade aber bricht den Willen, macht demütig und geduldig.

Also schon grundsätzlich sind Wohlfahrts-Einrichtungen als ein schlechtes Surrogat sozialer Fürsorge anzusehen — solange sie dem Arbeiter keinen Rechtsanspruch zugestehen, und dann sind es, streng genommen, keine Wohlfahrts-Einrichtungen mehr. Praktisch liegen aber die Dinge so, daß zahlreiche sogenannte Wohlfahrts-Einrichtungen nicht mehr ein schlechtes Surrogat, sondern das genaue Gegenteil einer sozialen Fürsorge sind. Das sind alle jene Einrichtungen, die unter dem Deckmantel der Wohlthätigkeit den Zweck und meist auch den Erfolg haben, den Arbeiter in seiner wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit zu beschränken, in seiner politischen Betätigung zu beeinflussen. Diese Art Wohlthätigkeit charakterisiert sehr treffend Dr. W. Loewenfeld in einem „Unternehmer, Sozialpolitik und Wissenschaft“ überschriebenen Artikel in der Zeitschrift „März“. Loewenfeld unterscheidet zwei Arten von Wohlfahrts-Einrichtungen: eine soziale, die nur den Zweck hat, die Lage der Arbeiter zu heben, und eine solche, die „als Machtmittel gegen die Arbeiter und ihre Organisationen“ benützt wird. Er konstatiert dann, daß die Unternehmer selten zugeben, daß die Wohlfahrts-Einrichtungen gegen die Freiheit der Arbeiter gerichtet sind, daß sie vielmehr ihre Menschenfreundlichkeit als Triebfeder ihrer Handlungen angeben. Dazu schreibt er: „Daß dies nur Vorwand ist, beweisen zahlreiche Ausprüche maßgebender Industrieller und insbesondere die Satzungen und Geschäftsberichte solcher Institutionen und deren Handhabung in der Praxis. Einige Beispiele: „Werner von Siemens hat für jede größere Fabrik die Gründung von Pensionskassen als Mittel gegen die „die Industrie und besonders

die Arbeiter selbst schwer schädigende Streifen" empfohlen. Die „Deutsche Arbeiterzeitung“ hat Arbeiterwohnungen und Pensionsklassen als ein „nach Lage der Dinge gewiß außerordentlich loyales und darum auch politisch wertvolles Mittel zum Zweck der Streifenmehrer“ bezeichnet! Massenhaft liegen Sägen vor, nach denen der Arbeitnehmer um seine Pension oder Anwartschaft kommt, wenn er zum Beispiel „sich an Bestrebungen beteiligt, die das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die bürgerliche oder staatliche Ordnung zu stören geeignet sind.“ (Maschinenfabrik von Rarzer n. Ko., Deckingen a. d. Saar), oder wenn er „Mitglied eines Arbeiterverbandes ist oder wird, der noch andere als rein wirtschaftliche Zwecke verfolgt“ (Dampfesselfabrik und Eisengießerei v. Paulsch u. Ko. A.-G., Landsberg a. Wartbe), wenn er „sich direkt oder indirekt an Bestrebungen oder Unternehmungen beteiligt, die den Interessen der Firma zuwiderlaufen“ (Chemische Fabrik auf Aktien vorm. E. Schering, Berlin). Die Firma Friedrich Krupp, Essen, hat anlässlich eines Pensionsklassenprozesses selbst zugegeben, daß ihre Pensionsklasse „bisher für gesellschaftliche und politische Bestrebungen ein starkes Hindernis gebildet habe“ und daß die „Beitragsentbehrung der Hauptpfeiler des Systems“ sei. Die höchsten Farbwerke haben es aus Anlaß einer Lohnbewegung „für ihre Pflicht gehalten“, die Arbeiter durch ein Zirkular „daran zu erinnern, daß nach den Statuten dasjenige Mitglied, welches den Dienst der Farbwerke verläßt, seine Pensionsansprüche verliert“. Angesichts solcher Tatsachen muß man kaum, daß es immer noch Leute gibt, die zu bestreiten suchen, daß gewisse industrielle Kleinbetriebe ihre Arbeiter durch Wohlfahrts-einrichtungen zum Verzicht auf ihr Koalitionsrecht zu nötigen suchen. Schöne Argumente gegen diese tatsächliche Feststellung, die der eifrige Großindustrielle Charles Grab seinerzeit in die klassischen Worte gekleidet hat: „Die Philantropie ist seitens der Industriellen unserer Gegend ein gutes Geschäft“, und die dem neuerdings zu den Schatzkammern übergegangenen Professor Bernhard das Wort von der „Wohlfahrtsklaverei“ entlockt hat, konnte man bisher noch nicht finden.“

Diese Feststellungen und die daraus gezogenen Folgerungen bedürfen sich durchaus nicht dem, was wir immer behauptet und vertreten haben. Es ist eine bewußte und gewollte Irreführung der Öffentlichkeit, wenn die Unternehmer sich ob ihrer sogenannten Wohlfahrts-einrichtungen als Menschenfreunde preisen lassen und es ist ein ebenso durchsichtiger wie ausichtsloser Trick, wenn Unternehmerblätter die Arbeiter nur deshalb herausstreichen, um für das Lob der Unternehmer einen besseren Hintergrund zu geben und wenn sie die Mangelhaftigkeit unserer Sozialgesetze nur deshalb angeben, um Stimmung zu machen nicht für die Beseitigung dieser Mängel, sondern für die Abschaffung dieser Gesetze. Die Arbeiter sind nicht dumme genug, auf so plumpe Stimmungsmache zu reagieren. Sie sagen mit Reuter: „Nachtigall, ich hör dir laufen“.

Die Volksfürsorge und die Arbeiter.

So betitelt sich ein Flugblatt, welches durch die Agenten einer großen sozialistischen Versicherungsgesellschaft jetzt verbreitet werden soll. Schlotternde Angst und harnbeübende Dummheit spricht aus jeder Zeile dieses oben Nachweis. Es ist bezeichnend, daß, obgleich bis heute die Verarbeiteten für die Betriebsfürsorge und die Löhne der Volksfürsorge noch nicht einmal beendigt sind, und ihre Konzeptionierung durch das Kapitalismus noch nicht erfolgt ist, die kapitalistischen Versicherungsgesellschaften dennoch schon einen Verleumdungsflug gegen sie entlassen, der nur beweist, welche heillose Angst in den Kreisen derjenigen, für welche die Volksfürsorge bisher ein so glänzendes Geschäft war, hervorgerufen wird, daß die Verurteilung ihrer Sache selbst in die Hand nehmen und sich nicht mehr wie geduldige Kammern von ihnen lassen.

Über besseres Wissen werden in dem Flugblatt zunächst die längst widerlegten Äußerungen wiederholt, die „Volksfürsorge“ solle „von der sozialdemokratischen Partei“ nur deshalb gegründet werden, „um ihre Machtmittel zu vergrößern“; ein „neuer sozialdemokratischer Beamtenapparat“ soll insuliert werden; bei der Bereinigung von Hypotheken werde man die sozialdemokratische Parteiinteressen fördern usw.

Und dann wagt sich der Verfasser die Toga des Arbeiterfreundes um die Schultern und sagt:

„Für parteipolitische Eingriffe, zur Wahrung sozialdemokratischer Interessen sind die Arbeiterverbände und nach neueren Erkenntnissen die Arbeitervereine unserer heutigen Arbeiter nicht da.“ Wozu sie aber dienen sollen, erzählt der Arbeiterfreund gleich darauf, in dem er den heutigen Arbeiter (1) einzuweisen versucht, die wahrhaftig höchsten Gehälter der Parteien, die hohen Löhne der „erklachten“ Herren im Aufsichtsrat, die hohen Dividenden der Aktionäre würden in ihrem Interesse gestellt — denn — angepaßt! — dadurch werde „eine zielbewußte, geordnete Verwaltung gewährleistet.“ Die Arbeiter verstehen es was natürlich nicht — das können bei einem guten Geschäft mit Aktien und Hypotheken im Interesse der deutschen Arbeiter auch und allen Fortschritte. Darum, Sommersemester und der „erklachten“ Parteien“ die Leute zu den Aufsichtsratsmitgliedern der großen Gesellschaften wählen, befragen. Für wie dumme sind doch diese Plakate von Verfassern die heutigen Arbeiter halten! Das beweist er dann weiter dadurch, daß er von „so häufig erweisener Korruption“ bei anderen sozialdemokratischen Einrichtungen, von der „vielfachen Ehrlichkeit in den Krankenkassen, gewerkschaftlichen Unternehmungen“ usw. spricht.

Wann wir von dem entsetzlich leichtesten Gefasel Notiz nehmen? Wir behaupten, einige unserer Arbeiter können sich in ihrer Empörung über die verabschiedeten Eingriffe zu Unbesonnenheiten hinreißen lassen. Der wird allerdings in das Lager begehrt und deshalb werden wir alle diejenigen, die bei den kapitalistischen Versicherungsgesellschaften durch mehrjährige Beitragszahlungen erworben Rechte besitzen, diese nicht ohne weiteres aufgeben. Wenn dies als Protest gegen diese infame Sache gedient, werden sich die „erklachten“ Herren mit uns freuen lassen und die verabschiedeten „neuer eigenen Retorten“ förmlich in die Hände nehmen. Der Kapitalist befragt, erzählt er sich, indem er zum Arbeiter in seiner letzten Zeile zurückgeht, bis er befragt ist, von der Gesellschaft die Umwandlung seiner Felle in eine Hypothek zu fordern. Ist die Zeit bis zur Beendigung seiner Zahlungen für die gewöhnliche Versicherungsumme nicht mehr sein, dann empfiehlt sich ohne weiteres die volle — und seiner Versicherung, da die Umwandlung seiner Felle in eine Hypothek für ihn immer einen materiellen Verlust bedeutet.

Da alle bis jetzt nicht verstandenen Arbeiter richten wir die Mahnung, die beschränkten verstandenen Arbeiter an die in ihrem Interesse bestehende Forderung der Betriebsfürsorge nicht zu beantworten, daß sie nicht keine Versicherung bei den kapitalistischen Gesellschaften mehr abschließen. Eine gewöhnliche Lebensversicherung ist von Nutzen in dem Augenblicke, wenn man nicht mehr zu leben hat. Wenn man aber das Lebensalter der Betriebsfürsorge zu verleben, nicht willkürliche Änderungen zu beschließen vermag, indem sie auf ihre eigenen Angelegenheiten und diesen jetzt alles auf, um beizubringen, da nach einem bekannten Sprichwort mit alle werden, in letzter Stunde zu sich zu ziehen.

Lang aller Mühen aber werden sie heute schon, die Volksfürsorge für sich nicht erwerben werden, weil die Frage nicht in der Lage sind, auch nur eine ihre Beiträge zu bezahlen. Aber — wenn die Angelegenheit erledigt, vermag heute noch besser zu sagen. Deshalb heißt es auch heute für die beschränkten Freunde der Volksfürsorge etwas Geduld zu haben. Aber auch dann, wenn die Volksfürsorge ihren Zweck erreicht, wird sie dies nicht möglich in ganz Deutschland auf einmal zu tun in der Lage sein. Sie würde in der Zeit von Aufträgen, die für möglich gehalten werden, nicht möglich sein. Ein Ding will heute nicht

eine große Organisation läßt sich nicht plötzlich aus dem Erdboden stampfen. Das darf aber keinen Hindernis, nachdem die Errichtung der Volksfürsorge von den Gewerkschaften und Genossenschaften beschlossen ist, konsequent zu handeln und allen Verdrehungen und Verleumdungen zum Trotz den Sendboten der „Erklachten“ zu erklären: Wir verzichten uns in Zukunft nur noch bei der „Volksfürsorge“!

Kolleginnen, aufgewacht!

In Nr. 26 des „Proletarier“ wurden von einer Kollegin unter der Überschrift: „Was gibt uns der Dresdener Verbandstag zu denken?“ Ausführungen gemacht, denen man voll und ganz zustimmen muß. Zweifellos liegt sehr viel Schuld an unsern Kolleginnen selbst, von denen leider ein sehr großer Teil über die Organisationsfragen überhaupt nicht nachdenkt! Ich glaube, behaupten zu können, daß mindestens zwei Drittel unserer Mitglieder den „Proletarier“ nicht lesen, von der Parteipresse oder anderen aufläuternden Schriften gar nicht zu reden! Sie zahlen wohl regelmäßig ihren Wochenbeitrag, den „Proletarier“ legen sie aber stillschweigend ungenutzt zur Seite, da ruht er gut. Dann wundern man sich allerdings nicht mehr darüber, daß sich kaum die Hälfte unserer Mitglieder an den Wahlen zum Verbandstag beteiligt haben. Viele haben ja gar nicht einmal gewußt, wann und wozu der Verbandstag überhaupt stattfindet, von den Anträgen, welche gestellt worden sind, hatten die meisten erst recht keine Ahnung.

Einen Teil der Schuld tragen aber auch die Männer. Wenn jeder Gatte, Vater oder Bruder im Familienkreise über dies und jenes distantierte, den Frauen und Mädchen all das Wissen über die geschäftlichen unterbreitete, dann würde auch die große Interesslosigkeit und Bedeutungslosigkeit etwas verschwinden. Bisherige Mühe gibt man sich seitens der aufgelaufenen Kollegen, Frauen und Mädchen zu gemeinsamer Arbeit heranzuziehen. Sie kommen wohl zwei, auch manchmal dreimal, aber dann schlüft wieder ein. Man muß leider immer wieder einsehen, daß auch diese Kolleginnen noch nicht so viel Interesse haben, um teilzunehmen an unsern Sitzungen, Beratungen und Versammlungen. Und doch ist es gerade die Hauptsache, daß sie wissen, wie Kämpfe geführt, Siege errungen werden, wie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gearbeitet werden muß, um der Unterwerfung, der Ausbeutung, der Kapitalismus einen Damm entgegenzusetzen.

Dann würden jedenfalls auch die Unzufriedenheit und die Abgelenktheit etwas aufhören, wenn eine Lohnbewegung nicht ganz so ausgefallen ist, wie man es erhofft hat. Für eine beträchtliche Lohnerhöhung sind sie alle zu haben, mit der Erfüllung ihrer Pflicht der Organisation gegenüber nehmen sie es nicht so genau, da dem so mancher, na, du hast dein Schicksal im Erdenrund, nun hat sich für dich die Sache erledigt.

Und darum, Kolleginnen! Wacht auf aus eurer Letargie, schüttelt den Dornröschenschlaf ab, zeigt, daß ihr in punkto Verstand nicht hinter den Männern zurückbleibt, daß ihr nicht nur teilnehmen wollt an ihren Freuden und Vergnügungen, nein, auch an ihren Kämpfen! Ich weiß wohl, wie schwer es gerade der verheirateten Frau fällt, wenn sie des Abends, abgesehen und todmüde von der täglichen Fron, nach Hause kommt, ihr Hauswesen notdürftig in Ordnung bringen und dann noch mal hinausgehen soll, um an dieser oder jener Versammlung teilzunehmen. Und doch wird auch dieses bei einigermaßen gutem Willen durchgeführt! Aber die Mädchen! Sie sollten sich zuerst beteiligen. Sie verbringen so manche Stunde unruhig, welche für uns viel nutzbringender angewandt wäre. Für die Mädchen selbst ist es ja der größte Vorteil, sie können schon vorher erkennen, wie schwer die bestehenden, wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Proletariatslasten, denn auch sie wollen heiraten, werden Frau, vielleicht auch Mutter, und werden dann geächteter und müdiger den Kampf aufnehmen mit dem alles vernichtenden, glückseligenden Kapitalismus. Gerade die jungen Kolleginnen werden die Früchte der Arbeit ernten, welche durch heißes Ringen um Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse erzielt werden.

Kolleginnen! Auf in den Kampf! Seht, daß die Zahl der Indifferenten immer mehr abnimmt, daß sich alle ihres Wertes bewußt werden und erlernen lernen, daß nur in der Organisation der einzige Weg zur Verbesserung unserer traurigen Lage ist. Erzieht die neuen Mitglieder zu tatkräftiger, gemeinsamer Mitarbeit, und es werden bessere Zeiten für uns anbrechen!

Immer kämpfen, immer werden,
Immer mehr unsere Zahl,
Bis in Trümmer geht und Scherben
Einst der Höhe Kapital!
Immer sammeln neue Streiter,
Tätig, hündlich, jeder fröhlich,
Bis der letzte „Hungerteiler“
Unser, unser, unser ist!

M. B.

Papier-Industrie

Wer ist schuld?

In dem Verwaltungsbericht der Papiermacherberufsgenossenschaft für 1911 ist bei Besprechung der Unfälle in der Papierindustrie folgender Satz enthalten: „Ein sehr großer Prozentsatz der entgeltlich beschäftigten Anfälle war auch im Berichtsjahr durch eigenes Verschulden der Beschäftigten, insbesondere durch Schuld von Mitarbeitern und Unterordnung der gewöhnlichen Betriebsgefahr veranlaßt. Nur in einer verhältnismäßig geringen Zahl von Unfällen ist als Ursache das Fehlen oder die ungenügende Sicherheit von Schutzvorrichtungen anzusehen.“ Ein Unheimliches, der solche Sätze liest, wird sagen: Das muß aber ein leichtsinniges Volk sein, diese Papierarbeiter, wenn sie ihr Leben und ihre Gesundheit so leichtfertig aufs Spiel setzen! Er wird auch die Unternehmer für Engel ansehen, die für ihre Arbeiter alles möglich tun, um sie vor Schaden zu bewahren.

Sehen wir uns einmal einige Fälle, die uns in diesem Jahr berichtet wurden, näher an, um zu sehen, ob es zutrifft, daß die Arbeiter leichtfertig gewesen sind. Im Februar dieses Jahres verunglückte der Arbeiter Georg Krawinkel in der Papierfabrik Wehmer dadurch, daß er einen Riemen mit einem Knüttel anlegen wollte. Der Knüttel lagte sich fest und beim Rückschlag warf er den Arbeiter so unglücklich an den Kopf, daß ihm die Schädelknochen zertrümmert wurde. Gewiß, der Unfall wäre vermieden, wenn der Riemen bei Stillstand der Maschine angelegt wäre, aber es haben auch die mechanischen Vorrichtungen zum Anlegen des Riemens gefehlt. Die Stilllegung der Transmissions ist aber, weil sie den Profit beeinträchtigt, in Papierfabriken verpönt.

Am 18. Februar dieses Jahres stürzte der Arbeiter Karl Weigelt vom Lagerbalken hinab auf einen Eisenträger und von da kam er unter den Räder. Ein Schaden war die Folge. Die Kollegen berichteten, daß die lange Arbeitszeit schuld war. Der betreffende Arbeiter war ermüdet und hätte sich, um einige Augenblicke auszuruhen, auf das Brett der Schutzvorrichtung gesetzt, dabei wurde er eingeklemmt. Die Berufsgenossenschaft würde natürlich diesen Fall in die Anbahn eigene Schuld oder Leichtsinn schieben. Ist aber der Arbeitnehmer da nicht der am meisten Schuldige, wenn die Arbeiter durch über lange Arbeitszeit ermüdet werden und die Schutzvorrichtungen so mangelhaft sind, daß solche Unfälle passieren können!

In der Papierfabrik von Knödel, Schmidt u. Co. in Lindenberg wurde der 15 Jahre alte M. Sch. von der Maschine erfaßt und zu Tode gebracht. Berichtete wurde uns: Mangelhafte Schutzvorrichtungen, Auslöser defekt, Geländer und Laufbrenn löse, kein Schutz an Zahnradern usw. Wie das Unglück passiert ist, wurde nicht festgestellt, aber man kann sich schon denken, wenn die Schutzvorrichtungen in solcher mangelhafter Weise waren, nicht Reichtfertigkeit des betreffenden Arbeiters schuld war.

Im Juli 1912 verunglückte der 16jährige Arbeiter B. in der Papierfabrik von Hermes u. Co. beim Reinigen des Sandfangs wurde die Schutze weggeschlagen werden, um den Sandfang zu reinigen, damit er richtig gereinigt werden konnte. Dabei schlug dem jungen Arbeiter der Kopf mit dem er die Schutze weggeschlug, so heftig an die Wagengegend, daß er sofort starb. „Er hätte vorsichtiger sein sollen“, würde die Berufsgenossenschaft sagen. Wären aber mechanische Vorrichtungen zum Umwenden des Sandfangs angebracht, so hätte sich der Unfall gewiß vermeiden lassen.

Man könnte noch viele Fälle berichten. Diese wenigen mögen aber genügen. Die Fälle des Berichtsjahres 1911 sind ja schon genügend im „Proletarier“ gekennzeichnet. Man sieht daraus, was es mit der Leichtfertigkeit der Arbeiter auf sich hat. Leichtfertigkeit, wenn nicht noch Fahrlässigkeit ist es nicht, wenn so junge Personen, wie die beiden

zuletzt genannten, mit Arbeiten beschäftigt werden, denen sie nicht gewachsen sind.

Bei den allen Papiermaschinen bilden der beschränkte Raum eine Quelle steter Gefahr, so daß man froh sein kann, seine Glieder heil zurück aus den Rädern und Riemen hindurchzubringen. Bei den neuen Papiermaschinen ist es zwar in dieser Beziehung etwas besser geworden, aber eine andere Gefahr ist an die Stelle des beschränkten Raumes getreten, das ist die gesteigerte Arbeitsgeschwindigkeit, die den Arbeiter nicht zur Besinnung kommen läßt. Das Profitinteresse der Papierfabrikanten läßt es nicht zu, daß die Arbeiten mit der nötigen Vorsicht ausgeführt werden könnten. Nur immer mehr und immer mehr Papier, ist die Lösung. Mögen dabei auch Leben und Gesundheit der Arbeiter zum Teufel gehen. Ein raffiniertes Prämienheft sorgt wochenlang dafür, daß die nötige Vorsicht außer acht gelassen wird. Nur eine gute Organisation könnte hier helfen.

Die Papiergewerkschaften erheben immer ein mächtiges Geschrei gegen den Schutz der Arbeiter, aber für den Schutz der Arbeiter sind sie nicht bereit. Nicht Arbeitswillensschutz ist in der Papierindustrie nötig, sondern mehr Schutz für Leben und Gesundheit der Papierarbeiter. Diesen Schutz müssen sich die Papierarbeiter erringen, indem sie sich ihrer Organisation, dem Fabrikarbeiterverband, anschließen. Je eher sie sich eine geschlossene Organisation schaffen, desto eher werden die Unternehmer in der Papierindustrie gezwungen werden, den Schutz der Arbeiter ihrem Profitinteresse voranzustellen und ihre Schatzkammern gefüllt werden dann elend zusehen werden.

Unternehmerterrorismus.

Herr Duges, der Sekretär der Papierfabrikanten und Seeruster im Kampf gegen die Gewerkschaften, sollte sich folgendes Material als Material für seine Terrorismusmappe nicht entgehen lassen:

Wurzen, den 23. August 1912.

B. B.

Die nachstehend Bezeichneten haben am Montag, den 19. cr. ihre Arbeit in der Papierfabrik von Heinrich Beda ohne jeden Grund und ohne Einhaltung der vorgeschriebenen Kündigung verlassen. Wir bitten Sie, diese Leute unter keinen Umständen anzuwerben einzustellen, oder falls dies schon erfolgt sein sollte, sie wieder zu entlassen.

O. B. d. B. S. J.

Die geheimnisvollen Zeichen unter dem Schriftstück deuten wieder auf eine Freimaurer- oder Guttenperloger noch auf eine andere, grundsätzlich oder gelegentlich terroristische Körperchaft, sondern auf die „Ordnung Verwaltung Wurzen des Verbandes Sächsischer Zündstücker“. Dem Zirkular sind einige Abschriften von Arbeitern angehängt, die nicht etwa bei einem Lohnkampf ihr Arbeitsverhältnis gelöst, sondern in tiefem Frieden sich eine andere Arbeitsstelle suchen wollten, weil es ihnen in der Papierfabrik von Beda, aus Gründen, die wir in diesem Zusammenhange nicht erörtern wollen, nicht mehr gefiel. Das Zirkular der Industriellen ist also eine glatte Befragung der gesetzlich gewährleisteten Freizügigkeit. So haben die Unternehmer Recht und Gesetz auf und schreien dann über die Ungeheuerlichkeiten der — Arbeiter. Ganz nach dem alten Trick: Haltet den Dieb!

Arbeitswillenslos.

Ein außerordentlich schwerer Unfall hat sich am letzten Dienstag in der Zöllingischen Papierfabrik dadurch zugetragen, daß der 70jährige Arbeiter Keller von Nieder-Ramstadt mit dem rechten Arm zwischen Zylinder und Trodenwalze an der Papiermaschine geraten ist und so schwer verletzt wurde, daß er sofort per Auto in das städtische Krankenhaus nach Darmstadt gebracht werden mußte. Es ist dies schon der zweite Unfall, der sich in diesem Betriebe während des Streiks zugetragen hat. Für uns ist dies willkürlich nicht verwunderlich; denn ein Verriech, der zum größten Teil mit gänzlich ungeschulten Leuten seine Produktionsarbeit aufrecht erhalten will, kann keine anderen Folgen erwarten.

Wie die Firma die Verantwortung auf sich nehmen kann, einen 70jährigen Arbeiter mit der Führung der Papiermaschine zu betrauen, ist für uns einfach rätselhaft. Der Mann hat zwar vor Jahren diese Arbeit ausgeführt, aber erhebt war er damals noch jung, kräftig, und vor allem noch lebende, zweitens ging die tägliche Produktion zu der Zeit nicht über 1000 bis 1500 Kilogramm hinaus, während heute von der Firma über 4000 Kilogramm gefertigt werden.

Endlich möchten wir noch ganz bescheiden anfragen, wie es an der Stelle, wo der Unfall passiert, mit der nötigen Schutzvorrichtung bestellt ist.

Karlruhe.

Die Firma Vogel, Bernheimer u. Schnurman, Papierfabrik in Eillingen, bestreitet seit Jahren den Arbeitern das ihnen zustehende Koalitionsrecht. So ist unter anderem durch den § 4 der Fabrikordnung bestimmt, daß ein jeder seine sonstige Entlohnung zu gewöhnlichen hat, der gegen die Interessen der Firma verstößt, zum Beispiel bei Besuch von Versammlungen, bei Anzeigung und Unterzeichnung von irgendwelchen gegen die Interessen der Fabrik gerichteten Bestrebungen. Da auch sonst vieles im argen liegt, gleicht der Betrieb einem Taubenschlag. Die Leute werden geholt aus Bayern, Württemberg und Österreich mit der äußerst vorsichtigen Angabe, man kann bei zwölfstündiger Arbeitszeit 4 Mk. pro Schicht im Akkord verdienen. Auch die Frau kann in zwölf Arbeitstagen bei fleißiger Akkordarbeit 28 Mk. verdienen. Wohlgemerkt, sie kann es. Wenn sie es nicht tut, wer will der Firma einen Vorwurf machen? Allerdings gibt die Firma in ihren Zuschriften an Arbeitssuchende indirekt zu, daß der Lohn des Mannes zur Deckung der Unterhaltungskosten nicht ausreichend ist, denn sie legt die Mitarbeit der Frau gleich voraus. In Anbetracht der üblichen Erfahrungen, die so viele hier zureichende Papierarbeiter gemacht haben, und in Rücksicht auf die hier beschäftigten Arbeiter erziehen wir alle Arbeiter, bevor sie in Eillingen ihr Glück suchen, bei L. Karle, Karlsruhe, Buchstr. 1. St., Erkundigungen einzuziehen. Zur vorläufigen Information: Erwarten wir, daß in der Regel der Stundenlohn für einheimische Fabrikationsarbeiter sage und schreibe 25 bis 28 Pf. beträgt. Das Ueberlöhnomessen steht infolgedessen in höchster Blüte. Arbeiter der Firma erklären, daß sie zur Leistung von Ueberstunden gezwungen seien, um für die Familie den nötigen Unterhalt zu schaffen. Die den Arbeitern aufgezogene Fabrikordnung bringt für die Arbeiter nur Pflichten und Strafen, aber keine Rechte. Wer also Enttäuschungen vermeiden will, gehe nicht ohne vorherige Erkundigung nach Eillingen.

Verschiedene Industrien

Zur Lage der Cel- und Zellindustrie.

Der Export von Erzeugnissen der Celluloseindustrie hat sich im laufenden Jahre zumeist unbedeutend entwickelt. Die Gesamtausfuhr von feinen Zellen in Fässern sowie von planmäßigen Zellen ist zwar im ersten Halbjahr gegen 1911 von 354 682 Doppelzentner auf 359 928 Doppelzentner gestiegen, doch kommt diese Besserung nur ganz wenigen Zweigen der Celluloseindustrie zugute. So ist die Ausfuhr von Erbsen im Vergleich der genannten Perioden von 36 819 Doppelzentner auf 53 230 Doppelzentner, im Wert von 2,57 Millionen Mark auf 3,60 Millionen Mark gewachsen. Auch der Export von Kolosnussöl, Kolosnuss und bergl. hat kräftig zugenommen. Von den genannten Produkten nahm der ausländische Markt im Berichtsjahre 81 090 Doppelzentner auf gegen 30 078 Doppelzentner in der vorjährigen Vergleichsperiode. Stärker noch wuchs der Wert der Ausfuhr; es flossen der deutschen Fabrikation 6,29 Millionen Mark zu gegen 2,24 Millionen Mark im ersten Halbjahr 1911. Stiegen ist der Export aller anderen Produkte der Celluloseindustrie zurückgegangen. Raps- und Mähdol wurden vom Januar bis Juni d. J. nur 13 675 Doppelzentner ans Ausland geliefert gegen 47 004 Doppelzentner im Vorjahre. Deutlicher noch drückt sich der entsetzliche Anfall in der Vertriebsperiode von 2,89 Millionen Mark auf 3,89 Millionen Mark aus. Der Export von Leinöl verminderte sich ganz ansehnlich. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1911 wurden 27 977 Doppelzentner Leinöl im Wert von 2,44 Millionen Mark ausgeführt. Der Abfall am Weltmarkt fand in den Vergleichsmonaten des laufenden Jahres auf 2 602 Doppelzentner im Wert von 0,22 Millionen Mark. Weniger gewichtig ist der Export von Palmöl. Von diesem planmäßigen Fett bezog das Ausland aus Deutschland 176 814 Doppelzentner, d. h. 7058 Doppelzentner weniger als im ersten Semester 1911. Der Exportwert der Monate Januar bis Juni 1912 belief sich auf 12,88 Millionen Mark. Der Export der Cel- und Zellindustrie im Vergleich mit dem Ausland angewiesen ist, steigerte sich erheblich. Die Ein-

mieden werden, wenn die Mitglieder durchgehend mit dem Statut vertraut wären. Die Ausführungen wurden mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen und fanden reichen Beifall. In der Diskussion trat über einige Punkte noch Unklarheit zutage, die vom Kollegen Stille beseitigt wurde.

Weitere Anträge waren nicht gestellt und so waren die Arbeiten der Gaukonferenz erledigt. Ein Antrag der Zahlstelle auf, die nächste Gaukonferenz in Lauf abzuhalten, wurde einstimmig angenommen. H. B.

Gaukonferenz im Gau 12.

Die Gaukonferenz des Gau 12 tagte am 7. und 8. September in Mannheim. Vertreten waren 18 Zahlstellen durch 49 Delegierte. Drei Zahlstellen hatten keine Vertretung entsandt. Der Gauvorstand war vollständig anwesend, als Vertreter des Hauptvorstandes war Kollege Stille erschienen. Aus dem Bericht des Gauleiters ist hervorzuheben, daß in der Berichtsperiode der Mitgliederstand im Gau von 6759 auf 8110 gestiegen ist. Die Gesamteinnahmen betragen 10 231,65 M., darunter 268,86 M. Zuschüsse aus den Zahlstellen. Die Ausgaben beliefen sich auf 9761,94 M., darunter 758,06 M. Zuschüsse an die Zahlstellen.

Auf Anregung und Mitwirkung der Gauleitung fanden 83 öffentliche und 288 Mitglieder-, Betriebs- und sonstige Versammlungen statt. Der Gauleiter nahm an 164 Sitzungen teil, darunter 10 mit anderen Organisationen. Außerdem nahm er sechs Revisionen vor, vermittelte 16 mal bei Lohnbewegungen und beteiligte sich in 27 Fällen an der Hausagitation. Verteilung von Agitationsmaterial, Orientierungs- und Informationskreisen sind nicht mit einbezogen. Postausgänge sind 4289 zu vergleichen, Folienabgänge 1023. Die Agitation wird im Gau erschwert durch das frühere Verhalten der Christen, die ehemals erfolgreiche Agitation entfalteten, aber ihre Versprechungen nicht in die Tat umsetzen konnten, vielmehr auch nicht wollten. Dadurch ist den Arbeitern das Vertrauen zu allen Organisationen genommen. In letzter Zeit ist eine schwache Besserung eingetreten. Von den für unsere Organisation in Betracht kommenden Betrieben innerhalb des Gaugebietes sind erst circa 23 Prozent der Arbeiter organisiert.

Kollege Stille sprach über „Unser Taktik bei Lohnbewegungen unter Berücksichtigung der Lehren der Streiks in der chemischen Industrie“. Er gab in seinem Referat beherzigenswerte Fingerzeige, die jedenfalls Beachtung finden werden. Ueber die Beschlüsse des Verbandstages referierte Kollege Strehl, Speier. Beide Referate wurden ohne Diskussion entgegengenommen. Die nächste Gaukonferenz findet in Neustadt a. d. Hardt statt.

Gaukonferenz im Gau 15.

Im Gewerkschaftsbau zu Lübeck tagte am 9. und 10. September unsere Gaukonferenz. Anwesend waren 67 Delegierte aus 35 Orten, zwei Gauleiter und als Vertreter des Hauptvorstandes Th. Lemmer, Gauvorstand. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten gab Gauleiter Borger den Tätigkeitsbericht der Gauleitung für die Jahre 1910 und 1911: In den beiden verflohenen Jahren hat die Organisation in unserem Gebiet in bezug auf Ausbau und innere Festigung einen erheblichen Anstieg genommen. Der Mitgliederstand betrug am Schlusse des vierten Quartals 1909 25 638 männliche und 2675 weibliche, zusammen 28 313 Mitglieder mit 340 661 verlaufenen Beitragsmarken. Am Schlusse des letzten Quartals 1911 dagegen zählten wir 30 827 männliche und 3727 weibliche, zusammen 34 554 Mitglieder mit 410 293 verlaufenen Beitragsmarken. Der absolute Zuwachs beträgt demnach 6214 Mitglieder, ein Erfolg, der erst dann seine richtige Einschätzung erfährt, wenn man die einlosten Schwierigkeiten berücksichtigt, mit denen die agitatorisch tätigen Kollegen in unserem Rekrutierungsgebiet zu kämpfen haben. Neben den Erfolgen unserer intensiven Aufklärungsarbeit können sich die Resultate der Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durchaus sehen lassen. Es fanden insgesamt 321 Bewegungen statt. 180 davon verliefen ohne Arbeitseinstellung und 167 von ihnen wurden mit Erfolg beendet. In 89 Fällen wurde die Arbeit eingestellt und in 25 Fällen die Bewegung mit Erfolg beendet. An sonstigen Differenzen wegen Lohnabzug, Maßregelung usw. waren in 81 Fällen 2068 Verbandsmitglieder beteiligt. In 21 Fällen mit 2817 Beteiligten wurde die Organisation in Ausperrungen und Streiks anderer Verbände hineingezogen. Insgesamt nahmen an den Bewegungen im Gau in den beiden Jahren 20 262 Personen teil. Die erzielten Erfolge lassen sich jedoch erst richtig werten an der Hand der Statistik über die erreichten Lohn-erhöhungen und die Verkürzung der Arbeitszeit. Es wurden im Jahre 1910 erreicht für 1689 Beteiligte 3800 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche oder 2 1/2 Stunden pro Kopf und für 5561 Beteiligte 8898 M. Lohnerhöhung pro Woche oder 1,60 M. pro Kopf. Im Jahre 1911 wurden erzielt für 2763 Beteiligte 6548 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche oder 2 1/2 Stunden pro Kopf und für 7907 Beteiligte 13 700 M. Lohnerhöhung pro Woche oder 1,72 M. pro Kopf. Ueber diesen Erfolgen wurde sehr bei allen Bewegungen eine entsprechende Aufklärung für Ueberarbeitbarkeit und in einer Anzahl von Fällen zeitiger Arbeitseinstellung an den Betrachtern der drei hohen Festtage bei Fortzahlung des Lohnes erzielt. Die Gewährung von Ferien ist in jeder Entwicklung begriffen. Nach einer zeitweiligen Zusammenstellung werden derzeit in 47 Betrieben 4779 Arbeiter bei der Gewährung drei bis sechs Tage Ferien beschäftigt. Ferner waren die Forderungen aus Einweisung von An- und Ausfallschichten, Beschäftigung, Leistungsanliegen und die Bejeitigung sonstiger Missstände sehr anspruchsvoll von Erfolg. Die Zahl der Tarifverträge wuchs von Jahr zu Jahr. In 36 Fällen konnten die erzwungenen Forderungen durch Tarifverträge sichergestellt werden. Bei den verschiedenen Bewegungen, ausschließlich der Betriebsversammlungen mit Wohnbewegung, mußte die Gauleitung in 219 Fällen vermittelnd eingegriffen. Die Gauleitung hatte an 350 Versammlungen, 231 Sitzungen und 175 sonstigen Veranstaltungen teilgenommen. Die Erfolge her in den verschiedenen Daten des Gau 15 vorgenommenen Hausagitationen betriebliehen nicht so hoch gegen die vorige Berichtsperiode zurückgegangen. Doch sind von der Gauleitung Schritte getan, die diesen Mangel zu beheben bezwecken. Die Zahl der zum Gau gehörenden Zahlstellen ist von 50 auf 65 gestiegen. Die Zahlstelle Walsen hat sich an Entin, die Zahlstelle Sperenberg an Hensel angeschlossen. Die Zahlstelle Odenburg wurde neu gegründet und die Zahlstelle Wörsching, Dänzig und Witten nach Aufhebung des Agitationsleiterpostens in Stade in den Orten Karpfen, Hammer und Stade selbständige Zahlstellen errichtet. Die Gaukasse schließt ab mit einer Einnahme von 19 214,15 M. und einer Ausgabe von 18 854,84 M.

In der Diskussion über den Tätigkeitsbericht trat Adler-Hamburg an, nach mehr als vier Jahren der Bekämpfung der Forderungen der Hausagitation und anderer Industrien, die an die Organisationsleiter, zu wünschen, um diese Kenntnis bei Lohnbewegungen nutzen zu machen. Th. Lemmer (Gauvorstand) antwortete, daß in Zukunft die Hausagitation wichtiger gestaltet und besser ausgebaut wird. Die Zahlstellenleitungen müssen großes Gewicht auf die persönliche Unterweisung der Verbandsmitglieder legen, um den Verband die Möglichkeit zu geben, die Statistik auszuführen. Hagemann-Hamburg weist darauf hin, daß der Gau 15 an einem von allen Gauen organisiert sei. Deshalb dürfte man im Gau kein Hausagitationen erwarten. Die Hausagitation erfordert die Schärfe der Agitation unter den Zieglerbetriebern. Von 200 Ziegler, die im Gau organisiert sind, sind nur 100 im Gau organisiert. Der Gau 15 hat sich im Jahre 1911 vier Mal an der Arbeit beteiligt, die andere aber wieder abgewiesen. — Darauf wurde der Gauleiter Einleitung erteilt.

Ueber die Beschlüsse des letzten hiesigen Verbandstages referierte H. B. Der Redner ließ die Arbeiter des Verbandes in Zwickau bei Hause kommen.

Ueber die Abgrenzung des Agitationsgebietes und die Branchengliederung innerhalb des Verbandes hielt Gauleiter H. B. ein eingehendes Referat. Eine Diskussion über die letzten Referate wurde nicht befohlen.

Ueber die Forderung des Arbeitsnachweises referierte H. Hagemann-Hamburg. Er entwickelte in kurzen, prägnanten Ausführungen den Gang der Stellung der Gewerkschaften zum Arbeitsnachweis von dem Arbeitsnachweis der Berufsorganisationen zum Arbeitsnachweis des öffentlichen Arbeitsnachweises. Da aber die Arbeitsnachweise dieser Organisationen nicht zu empfehlen sind, so werden die jüngsten Beschlüsse im Lager der Gewerkschaften bewiesen, so daß der Redner die Annahme folgender Resolution:

„In die obersten Verbandsorgane der Aufhebung durch die ständigen gewerkschaftlichen Stellenleiter zu erwirken, empfiehlt die Gauleitung den Zahlstellen des Gau 15, der Arbeitsvermittlung in

den für uns zuständigen Industriezweigen die größte Aufmerksamkeit zu widmen. In nach Lage der örtlichen Verhältnisse ist Sorge zu tragen, daß sowohl die bezugsberechtigten wie nichtbezugsberechtigten arbeitslosen Mitglieder in Listen eingetragen und bei event. Wahlen nach Maßgabe eines Arbeitsnachweises Arbeit nachgewiesen erhalten. Die Arbeitsvermittlung muß für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer vollständig gebührenfrei sein und muß den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern die Grundsätze des Arbeitsnachweises von Zeit zu Zeit bekanntgegeben werden. Sämtlichen Verbandsmitgliedern, besonders den Vertrauensmännern in den Betrieben, wird nochmals nachdrücklich zur Pflicht gemacht, eventuelle Balancen der Arbeitsnachweiskeule umgehend zu melden.“

Der Redner teilte seine Erfahrungen aus dem Hamburger Arbeitsnachweis mit. Mit der Schaffung des Arbeitsnachweises und seinem Ausbau gewinne man auch eine bessere Arbeitslosenstatistik. Andererseits dränge die Ausdehnung der gewerkschaftlichen Eigenproduktion zur Organisation der Arbeitsvermittlung. Zweifellos hätten auch die Unternehmer ein starkes Interesse daran, mit branchenübigen Arbeitern verfährt zu werden. Von den Scharfmachern, die in diesem Falle gegen ihr eigenes Interesse wüßten, müsse man allerdings absehen.

In der Diskussion regte Biehl-Vergobert an, zwischen den Verbänden ungelerner Arbeiter ein Kartellverhältnis in der Arbeitsvermittlung zu schaffen, um stets in der Lage zu sein, die offenen Stellen sofort zu besetzen. Seidenhauer-Hamburg wünscht, daß die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag und die Vertreter der Arbeiter in den Kommunen sowie die Gewerkschaftskartelle sich der Frage der Arbeitsvermittlung mehr widmen. Der gleiche Wunsch wird von andern Rednern besonders in bezug auf die Gewerkschaftskartelle geäußert. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wurde die vorgelegte Resolution einstimmig angenommen.

Die Fragen der praktischen Agitation behandelte Gauleiter M. Schwarz in einem längeren Referat. In den Zieglerleuten müsse die Agitation im Frühjahr einsetzen, nachdem bereits in den Wintermonaten die nötige Fühlung mit den ständigen Arbeitern in den Zieglerleuten genommen sei. Es gelte vor allem, über die Betriebsverhältnisse die genaueste Kenntnis zu erhalten. Das letztere gelte auch von andern Betrieben. Die Hausagitation sei intensiver zu betreiben. Gerade bei dieser Agitation dürfe man den Mut nicht sinken lassen, wenn die Erfolge den gehegten Erwartungen nicht entsprechen. Um den Verbandsmitgliedern die Möglichkeit zu geben, müsse vor jeder Versammlung eine Sitzung der Zahlstellenleitung und der Vertrauensleute stattfinden, in der die Versammlung vorbereitet wird. Zur Stabilisierung des Mitgliederbestandes und um über die Zahlstelle jederzeit eine klare Uebersicht zu erhalten, sollte man allerorts das System der Personalkarten einführen, dann würde auch die starke Fluktuation sich mindern, seien doch in den beiden letzten Jahren von rund 30 000 Entretreten nur rund 6000 geblieben. Dem Referat folgte eine lebhafte Diskussion, in der Körner-Hamburg bat, beim Hauptvorstand zu erwirken, ob nicht bald wieder eine allgemeine Konferenz für die Zieglerindustrie einberufen werden soll.

Darauf begründete Bader-Umshorn einen Antrag, die Gaukonferenzen vor dem Verbandstag abzuhalten. Nachdem Gauleiter Borger dem Antrag widersprochen, wurde er abgelehnt. Kunst-Kiel begründete einen Antrag seiner Zahlstelle, den Bericht von der Gaukonferenz gedruckt den Zahlstellen zuzustellen. Mit dem Hinweis auf die Verzichtserklärung in der Presse und darauf, daß der Bericht der Gauleitung in Zukunft gedruckt erscheinen solle, wurde der Antrag als erledigt betrachtet. Die Drücklegung des Tätigkeitsberichts für die nächste Berichtsperiode wurde beschlossen. Die Kosten sollen die Zahlstellen tragen. Ein Antrag Barel, für die Ziegler Branchenkongressen abzuhalten, wurde angenommen. Dann wurde beschlossen, den nächsten Gaukongress in Elmshorn abzuhalten. Nach einem kurzen fernigen Schlußwort des Gauleiters Borger wurde der Gaukongress geschlossen.

Streiks und Lohnbewegungen.

Streiks und Ausperrungen bestehen in Düsseldorf (Papierfabrik Hermes), Nieber-Ramstadt-Eberstadt bei Darmstadt (Papierfabrik Wig), Mannheim-Friedrichsfeld (Seidenzeugwarenfabrik), Meissen (Zongruben), Sanbbaß im Odenwald (Gummifabrik), Rißit.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Breslau. Die in der chemischen Fabrik von Kantorowicz u. Co. in Breslau beschäftigten Arbeiter reichten durch die Verbandsleitung Forderungen ein. Die Verhandlungen die zwischen dem Vertreter der Organisation und dem Direktorium unter Hinzuziehung einer dreigliedrigen Kommission stattfanden, zeigten folgendes Ergebnis: Jeder Beschäftigte erhält auf die bisher gezahlten Wochenlöhne eine sofortige Zulage von 1 Mark, vom 1. Januar 1913 ab eine weitere Zulage von 1 Mark. In Krankheitsfällen wird die Karenzzeit von der Firma bezahlt. Jeder Arbeiter erhält je nach seiner Beschäftigungsdauer 2 bis 6 Tage Ferien unter Fortzahlung des Lohnes.

Münchberg. Erfolgreiche Lohnbewegung in der Tapetenindustrie. Einen guten Erfolg hat durch ihr geschlossenes Vorgehen die Arbeitererschaft der Tapetenfabrik vormals Penzler u. Sohn, Altmühlengasse, hier, zu verzeichnen. Anfang dieses Monats reichten die Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes durch unsere Organisation ein. Zunächst bezieht sich die Betriebsleitung ziemlich ablehnend, doch nach wiederholten Verhandlungen hat sich dann auch dort die Erkenntnis durchgesetzt, daß angehörs der Geschlossenheit der Arbeitererschaft die beste Lösung dieser Angelegenheit eine Einigung auf gütlichem Wege ist. Es wurde der Arbeitererschaft eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden täglich (Sonntagsruhe 8 Stunden) sowie eine Erhöhung des Lohnes auf 4 1/2 Stunden und für die Frauen um 2 1/2 Stunden pro Woche. Der Tagelohn wurde für den einzelnen um 10 bis 50 Pf. erhöht. Im Durchschnitt zeigt sich der Verdienst für jeden Beschäftigten um circa 1 M. pro Woche. Für Ueberstunden und Sonntagsarbeit wird ein Aufschlag von 5 resp. 10 % zum Stundenlohn gezahlt.

Doch auch von einer andern Seite betrachtet, bedeutet diese Bewegung einen Erfolg. Noch bis vor nicht allzu langer Zeit war von einer Organisation in diesem Betriebe recht wenig zu finden. Kamen die Arbeiter in Versammlungen zusammen, war immer einer darunter, der die Rolle des Judas übernahm. Ob mit oder gegen den Willen der Direktion, mag dahingestellt sein. Doch aus dieses System hat sich für die Dauer als haltlos erwiesen. Trotz Bitterkeit halten die Arbeiter den Weg zur Organisation gefunden, und der Erfolg ist ja nicht ausbleiben. Herr Witzow wird nunmehr hoffentlich überzeugt sein, daß er seinen Ausspruch: „Ich habe in meinem Betriebe keinen Willen gegen den meinigen“, etwas korrigieren kann, ohne seinem Ansehen etwas zu vergebieren.

Aber auch die Arbeiter anderer Betriebe am Orte, hauptsächlich aber die in der Tapetenindustrie beschäftigten, sollten aus dieser Bewegung die für sie so notwendige Lehre ziehen. Will der Arbeiter sich seine wirtschaftliche Lage verbessern, dann muß er alle realistischen Fragen über Bord werfen. Dies sollten sich auch einmal die Tapetenbrüder zu Herzen nehmen. Nicht komplizieren wollen wir die Kräfte der Arbeiter, sondern vereinen. Angesichts des Vorgehens der Unternehmerorganisation in der Tapetenindustrie, die mit allen Mitteln versucht, die Augen der Arbeiter dieser Industrie als solche zu trennen. Nur eine starke Organisation wird in der Lage sein, auf das vereinigte Unternehmertum ihren Einfluß zur Geltung zu bringen. Also, hinein in den Fabrikarbeiterverband!

Meissen. Seit zehn Wochen stehen die in den Zongruben der Firma Ernst Teichner (Meissen) beschäftigten Arbeiter im Streit. Die Firma wollte sich, trotz der Bemühungen des Verbandes, eine Arbeitsüberlegung zu verweigern, nicht dazu verstehen, die in den übrigen Zongruben üblichen Löhne zu bezahlen. Die Firma Ernst Teichner bezahlte ihren Zongrubenarbeitern bis zum Herbst vorigen Jahres einen Stundenlohn von nur 27 Pf., alle übrigen Firmen bezahlten 30, zum Teil 35 Pf. pro Stunde. Im Sommer 1911 wurden bei allen Firmen Forderungen eingeleitet und eine Einigung dahin erzielt, daß der Stundenlohn von 30 auf 34 Pf. und unter Tage auf 36 Pf. erhöht wird, gleichzeitig wurde auch eine ansehnliche Erhöhung der Abschläge erreicht. Bei der Firma Ernst Teichner kam es zu einer Einigung bezüglich der Abschläge, zumal die Firma Ernst Teichner letztere letztere jedes Gegenentworfens ab, nur die Stundenlöhne wurden von 27 auf 30 Pf. erhöht. Da es aber hier

schwierig war, daß man im Sommer bei zehnstündiger Arbeitszeit 11 Stunden bezahlte und diese 11. Stunde nimmer in Fortfall kam, betrug die eigentliche Lohnzahlung pro Tag 3 Pf. Die Firma motivierte damals ihre ablehnende Haltung damit, daß infolge Ablebens ihres Direktors Ka Teichner kein verantwortlicher Leiter vorhanden wäre und die geringen Zustände nur als Provisorium gelten sollten. Die Arbeiter waren gutmütig genug, darauf einzugehen in der Hoffnung, daß bald eine anderweitige Regelung erfolgen würde. Da nunmehr ein verantwortlicher Leiter vorhanden ist, war es selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft der Direktion erneut ihre Wünsche unterbreitete. Was bietet nun aber die Firma? Sie will 2 Pf. pro Stunde zulegen, lehnt jedoch jeden Ausgleich der bestehenden Abschläge ab, obwohl der jetzige Direktor zu gesehen mußte, daß bei den andern Firmen die Löhne im Durchschnitt bedeutend höher sind. Die Firma hat nun wahrscheinlich geglaubt, daß sich die Arbeiter nach der Ernte in Scharen wieder zur Arbeit melben würden; sie dürfte jedoch eine schwere Enttäuschung erlebt haben. Soweit die ländliche Bevölkerung von der Angelegenheit unterrichtet ist, steht sie auf der Seite der Streikenden und dies um so mehr, als die Landwirte, die einen Teil der Streikenden während der Ernte beschäftigten, diesen bedeutend höhere Löhne bezahlten, als sie von der Firma Ernst Teichner gefordert werden. Herr Obersteiger Schüge hat sich zwar redliche Mühe gegeben, um die Landwirte zu veranlassen, Streikende nicht zu beschäftigen, diese Mühe war jedoch vergebens. Auch die Versuche, einzelne Kollegen zum Umfall zu überreden, hatten keinen Erfolg. Bis jetzt haben sich keine Streikbrecher gefunden, auch haben die übrigen Zongrubenarbeiter ihre streikenden Kollegen mit einem größeren Geldbetrag unterstützt. Im übrigen steht die Sache günstig für die Streikenden, die fest entschlossen sind, ihren gerechten Kampf weiterzuführen.

Köln. Schallplattenpresser! Die Firma Petrescu u. Lupescu, Braila (Rumänien), Strada Kubini Nr. 4, sucht Presser in Deutschland. Wir warnen jeden Kollegen, Arbeit nach dort anzunehmen, da die Firma die Kontrakte, die in Deutschland abgeschlossen sind, in Rumänien aber keine Gültigkeit haben, nicht einhält. Auch die Lohnzahlung erfolgt nicht regelmäßig, und einige Kollegen, die auf Zahlung drängten, wurden einfach entlassen und standen dann mittellos da. Also Vorsicht!

Verbandsnachrichten.

Verbandskalender 1913.

Im Vorjahre konnten Bestellungen auf den Kalender teilweise nicht mehr berücksichtigt werden, weil sie zu spät einliefen. Die Zahlstellenleitungen werden deshalb ersucht, schnellstens zu berichten, wie viele Exemplare sie dieses Jahr wünschen.

Einem mehrfach geäußerten Wunsche entsprechend, ist dem Kalender ein Fremdwörterverzeichnis angehängt. Dieses sowohl wie auch die Erklärung einer Reihe medizinischer Fachausdrücke können unsern Kollegen gelegentlich gute Dienste leisten. Ueber den weiteren Inhalt orientiert nachfolgender Auszug aus dem Kalenderverzeichnis:

- Abreisen, Die wichtigsten aus der Arbeiterbewegung.
- Arbeiterchutz im Jahre 1910 in den für uns zuständigen Industriezweigen.
- Arbeitgeberverbände.
- Christliche Gewerkschaften im Jahre 1911.
- Die freien Gewerkschaften im Jahre 1911.
- Fremdwörterverzeichnis.
- Gewerbliche Gifte.
- Girch-Dundersche Gewerkschaften im Jahre 1911.
- Internationale Gewerkschaften im Jahre 1910.
- Nummernverzeichnisse.
- Lohnbewegungen unseres Verbandes seit dem Jahre 1895.
- Portotarif (erweitert).
- Reichstag, Zusammenfassung.
- Tarifvertragswesen (Abhandlung).
- Unfallstatistik 1911.
- Verbandsjahr 1911.
- Verbandsstatistik von 1890—1911.
- Verhinderung von Forderungen.

Der Versand des Kalenders wird in den nächsten Wochen beginnen.

Vom 17. September an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Dösnabrück II 300.—
- Magdeburg 2000.—
- Plauenscher Grund 1500.—
- Königsberg i. Pr. 500.—
- Eisenberg (S.-M.) 400.—
- Freiburg i. Br. 10.—
- Neustadt a. d. S. 3,75.
- E. B. —,85.
- Berlin 4000.—
- W. D. 1,50.
- Heidenheim 600.—
- Witten 750.—
- Alten a. d. Elbe 500.—
- Weißenfels 200.—
- Pösten 8,11.
- Offenbach a. M. 1500,22.
- Frankfurt a. d. O. 400.—
- Muskau 7,64.
- Wände 5,46.
- Striegau 700.—
- Zwidau 500.—
- Entin 400.—
- Geithain 50.—
- Schwann 400.—
- Merzbach 351,60.
- Wiegitz 200.—
- Grünberg i. Schl. 200.—
- Bielefeld 172,25.
- Dresden 1,50.
- Leipzig 1000.—
- Erlangen 400.—

Schlus: Montag, 23. September, mittags 12 Uhr.

F. r. Bruns, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielten die Zahlstellen

- Fürth. 20 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder.
- Langensalza. 10 Pf. pro Woche.
- Wühlhausen i. Th. 10 Pf. pro Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsdatum	Eintrittsdatum	Eingetretten in
424275	Oskar Schardt	9. 2. 82	6. 8. 10	Fürth
418855	August Zähnick	23. 6. 69	15. 3. 05	Pl. Grund
500117	Georg Reeb	21. 4. 91	27. 7. 11	Ulmgrüßhof.
482235	Rich. Oswald Hammer	20. 8. 81	1. 3. 11	Müglitz b. D.
333416	Emil Bruno Petters	1. 4. 78	1. 8. 08	Müglitz b. D.
462805	Max Willi Breuer	7. 10. 92	29. 1. 11	Müglitz b. D.
418209	Julius Stuehr	1. 2. 74	15. 10. 02	Entin
478001	Heinrich Znielmann	25. 10. 91	1. 3. 11	Sarburg
Karten-Nr.				
208387	Ludwig Hennigsen	16. 12. 54	25. 9. 11	Flensburg
290064	Waldem. Müller	14. 7. 76	23. 7. 12	Magdeburg.
216973	Georg Kraft	29. 4. 86	3. 3. 12	Schicht a. W.
220281	Anton Schultes	25. 11. —	18. 11. 11	Augsburg
251243	Frída Strehlich	24. 8. 93	29. 4. 12	Berlin

Ausgeschlossen wurde das Mitglied der Zahlstelle: Rürberg. Peter Baumeister, B.-Nr. 468 861.

Eingegangene Zahlstellen.

Eingegangen ist die Zahlstelle Neuenhofen.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Walsum a. Rhcin. Wilhelm Pieper, Hohen, Siegesstr. 109. Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung Sonntags von 5 bis 7 Uhr abends bei Johann Brüdner im Lokal „Zum Reichsadler“, Walsum, Telefon-Nr. 114, Amt Uinstalen.

Rheinberg i. d. W. Fritz Widert, Ranae Str. 39, 1. Et. Biffelhövede. Heinr. Upphof, Dammstr. 236.

Chemische Industrie

Ein- und Ausfuhr in der ersten Hälfte des Jahres 1912.

Die Ein- und Ausfuhr chemischer Produkte hat sich im ersten Halbjahr 1912 aufsteigend entwickelt, ein Beweis, daß die chemische Industrie sich auch in diesem Jahre in einer guten Konjunktur befindet, die, wie in den Vorjahren, für die Unternehmer und Aktionäre glänzende Resultate verspricht. Ein Vergleich der Ein- und Ausfuhr der ersten Halbjahre 1912 mit denen des gleichen Zeitraumes aus 1911 ergibt, der Menge und dem Wert nach folgende Resultate:

	Menge		Wert	
	1911	1912	1911	1912
Einfuhr . . .	10244759 dz	10956886 dz	192600000 M.	211700000 M.
Ausfuhr . . .	15271070 "	20399004 "	364000000 "	397300000 "
Ein- u. Ausfuhr zus.	28516829 dz	31355890 dz	556600000 M.	609000000 M.

Die Ein- und Ausfuhr nahm, nach der Menge betrachtet, um 9,9 Prozent, nach dem Wert betrachtet um 9,4 Prozent zu. Der Wert der Produkte ist, wie auch schon in früheren Jahren, zurückgegangen. Wenn die Wertminderung in diesem Falle auch nur 0,5 Prozent beträgt, so stellt sich, sobald Ein- und Ausfuhr getrennt berechnet werden, eine weit erheblichere Reduzierung des Ausfuhrwertes heraus, während die eingeführten Waren eine Wertsteigerung aufweisen. Es namt zu

	nach der Menge um	nach dem Wert um
die Einfuhr	6,9 Prozent	9,8 Prozent
die Ausfuhr	11,6	9

Die Einfuhr steigt demnach schneller im Wert als in der Menge, während für die Ausfuhr das Umgekehrte gilt. Die Erklärung für diese Tatsache liegt zum Teil darin, daß es sich bei der Einfuhr teilweise um Rohstoffe handelt, die der Weltmarktkonjunktur — und damit wesentlichen Preisrücksetzungen — nicht so unterworfen sind, wie die Ausfuhrprodukte, die vorwiegend als verfeinerte Fabrikate der Großindustrie in ihrer Preislage der fortschreitenden Technik des Produktionsprozesses angepaßt werden können. Das erklärt zugleich den Umstand, daß die deutsche chemische Industrie trotz des Preisrückganges günstige Gewinnergebnisse hat.

Eine Uebersicht über die einzelnen Gruppen der eingeführten Waren im ersten Halbjahr 1912 und deren relative Zu- und Abnahme gegen die gleiche Zeit des Jahres 1911 gibt nachfolgende Tabelle:

	Menge		Wert	
	in dz	Zu- oder Abnahme in Proz.	in 1000 M.	Zu- oder Abnahme in Proz.
Äther, ätherische Öle . . .	193842	+ 11,0	26183	+ 9,0
Chemische Grundstoffe usw. . .	7325597	+ 13,4	140427	+ 12,9
Chem. und pharmazent. Erzeugnisse, a. n. g. . .	289228	+ 12,0	19033	+ 17,0
Düngemittel, künstl. . .	2741276	+ 7,7	13390	+ 12,3
Farben und Farbwaren . . .	389685	+ 5,0	10223	+ 0,3
Feinöl, Lacke . . .	14312	+ 4,0	1865	+ 3,0
Sprengstoffe . . .	2946	+ 5,0	532	+ 3,0

Etwas anders als das Ergebnis der Einfuhr ist das Ergebnis der Ausfuhr. In der Ausfuhr kommt die am Weltmarkt vorherrschende Stellung der deutschen chemischen Industrie zum Ausdruck. Im ersten Halbjahr 1912 wurden gegen die gleiche Zeit des Vorjahres ausgeführt:

	Menge		Wert	
	in dz	Zu- oder Abnahme in Proz.	in 1000 M.	Zu- oder Abnahme in Proz.
Äther, ätherische Öle . . .	54354	+ 4,0	15576	+ 6,2
Chemische Grundstoffe . . .	14270650	+ 2,8	152115	+ 0,9
Chem. und pharmazent. Erzeugnisse, a. n. g. . .	213315	+ 2,0	40646	+ 9,3
Düngemittel . . .	4653837	+ 57,0	26893	+ 51,5
Farben und Farbwaren . . .	1074039	+ 1,6	128289	+ 4,8
Feinöl, Lacke . . .	29135	+ 0,8	3351	+ 9,0
Sprengstoffe . . .	103674	+ 50,0	30392	+ 68,0

Ein Vergleich der absoluten Ausfuhrsummen mit den absoluten Einfuhrsummen bestätigt vor allem die Wichtigkeit der Ausfuhr der chemischen Industrie Deutschlands. Eine kolossale Steigerung der Ausfuhr, und zwar um 57 Prozent, ist bei den künstlichen Düngemitteln zu konstatieren, deren Wert allerdings eine kleine Verminderung erfahren hat. Die Gruppe „Farben und Farbwaren“ weist bei minimaler Mengensteigerung eine etwas stärkere Steigerung des Wertes auf, während die Gruppe „Feinöl und Lacke“ im Verhältnis zur Menge ihren Wert am meisten steigern konnte. Die Gruppe „Sprengstoffe“ hat ihre Ausfuhr der Menge nach um 50 Prozent, dem Wert nach sogar um 68 Prozent gesteigert. Diese Zahlen beweisen, daß die chemische Industrie auch im laufenden Jahre gute Geschäfte machen wird. Und die Arbeiter? —

Auch eine Wohltätigkeit.

Recht erbauliche Zustände herrschen in der Chemischen Fabrik Erlner (Rüttgerwerke). Uebermenschlich lange Arbeitszeit paart sich mit miserabler Bezahlung. Dem Herrn Direktor Dr. Sängers scheint es selbst zu dümmern, daß sich auf die Dauer kein Arbeiter derartige Zustände gefallen läßt. Trotzdem sucht er aber auf jede Art und Weise, so lange wie möglich diese schlechten Zustände zu erhalten. Aus diesem Grunde bekämpft er auch die gewerkschaftliche Organisation; denn er weiß genau, daß von dieser die Interessen der Arbeiter rücksichtslos vertreten werden. Um nun die Arbeiter, die den Wert des Zusammenstehens erkannt haben, die wissen, was ihnen die Organisation nicht, für den Betrieb zurückzugewinnen, hat Herr Dr. Sängers seinen Geist angestrengt und beschloffen, selbst einen Unterstützungsverein für „seine“ Arbeiter zu gründen. Er hofft, hier das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden zu können, indem er die event. Kosten von „seinen“ Arbeitern tragen läßt und außerdem „Ruhe und Frieden“ (das größere Ausbeutungsmöglichkeit) im Betriebe schafft. Die Vorlage ist weit, daß sie weiteren Kreisen bekannt wird. Wir lassen den Entwurf folgen:

Das Eintrittsgeld beträgt bei Arbeitern bis zum 25. Lebensjahre 0,50 M., bis zum 30. Lebensjahre 1,— M., bis zum 35. Lebensjahre 1,50 M., bis zum 40. Lebensjahre 2,— M., bis zum 45. Lebensjahre 3,— M. Der wöchentliche Beitrag 0,10 bis 0,40 M.

An Unterstützungen soll eine tägliche Krankheitsunterstützung von 50 Pf. bis 1,50 M. bezahlt werden. Außerdem erhält derjenige, der zehn Jahre aus der Kasse nichts erhalten hat, eine Prämie von 50 M. oder pro Tag, das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, 17/10 Pfennig. An Beiträgen hat der Betreffende inll. Eintrittsgeld, wenn er den Durchschnitt bezahlt hat = (20 Pf.) 104 M. geleistet. Eine nette Wohltätigkeit!!!

Aber Herr Sängers hat auch sozialer Verständnis. Er weiß, daß die Gewerkschaften Arbeitslosenunterstützung bezahlen, und als weitblickender Mann trägt er auch dem Zuge der Zeit Rechnung. Er will, wenn der Arbeiter von ihm schuldlos entlassen wird, Arbeitslosenunterstützung bezahlen. Sorgt der Arbeiter selbst auf, gibt's nichts. Wie man sieht, ungemein geistreich! Sehen wir uns aber die Vorlage mal genauer an. Erlens ist es eigentlich, daß er die Unterstützungen bezahlt, während doch die Gesamtkosten von den Mitgliedbeiträgen gedeckt werden sollen. Er will nun allerdings den Verein auf die Beine helfen und 1000 M. zur Gründung — pumpen. Im nächsten Jahre müssen die 1000 M. zurückgezahlt werden. Außerher spendet! Wie sieht es mit der Krankenunterstützung aus? Man wird sich Arbeiter, der an einer chronischen Krankheit, und davon gibt es in der chemischen Industrie sehr viele, leidet

und öfter die Kasse in Anspruch nimmt, entlassen. Aber dann bezahlt ja der Verein, nicht, Herr Dr. Sängers, Arbeitslosenunterstützung wenn — der Arbeiter schuldlos entlassen wird. Wir hätten Herrn Dr. Sängers gewiß nicht als Geistesgröße ersten Ranges ein, aber Aug ist er gewiß, daß er bei der Entlassung dem Arbeiter nicht sagt, Sie sind schuldlos entlassen. Man kann ja einen Arbeiter, den man los sein will, an eine Arbeit schieben, wo er selbst abgeht oder die Behandlung wird gerade hier eine sehr „liebvolle“ sein. Geht nun der Arbeiter selbst, dann kann er Arbeitslosenunterstützung nicht mehr verlangen. Eine feine Berechnung!

Auch der Arbeiter, der Anspruch auf die Prämie nach zehnjähriger Freizeitarbeit, wird sich die Fabrik vor Ablauf der 10 Jahre von draußen ansehen müssen. Wir haben da so allerlei Erfindungen. Originell ist die Begründung, die Herr Dr. Sängers für die Notwendigkeit des Vereins gibt. Er sagt: Die Verbände nützen den Mitgliedern nichts. Sie verwenden nur 5 Prozent der Einnahmen zu Unterstützungen. Wir nehmen natürlich nicht an, daß Herr Dr. S. absichtlich die Unwahrheit sagt, aber daß eine Aeußerung, wie die oben wiedergegebene unglücklich leichtfertig und objektiv unwahr ist, weiß jeder halbwegs mit den gewerkschaftlichen Einrichtungen vertraute Mensch. Ebenso einseitig ist die weitere Behauptung: Das andre Geld fressen die Verwaltungen auf! Wie verhält es sich tatsächlich mit den Ausgaben des Arbeiterverbandes? Die Einnahmen betragen im Jahre 1910 = 3080240 M. Für Unterstützungen wurden ausgegeben 2114471 M. = 68,6 Prozent. Den Rest verblieben zur Deckung aller Ausgaben (Miete usw.) 20 Prozent der Einnahmen. Am Jahresabschluss verbleibt ein Vermögensbestand von 1504763 M. So, Herr Dr. Sängers, steht es in Wirklichkeit aus! Alles das müßte Herr Dr. S., wenn er Wert darauf legt, ernst genommen zu werden, bekannt sein. Was ist ihm aber bekannt, was wir, wie schon gesagt, nicht annehmen, dann hat er nach dem Grundgesetz gehandelt: Verleumde nur feste drauf los, es bleibt schon was hängen!

Der Zweck der ganzen Aeußerung ist auch nur, den Arbeiter Sand in die Augen zu streuen, und diejenigen, welche sich dem Verband angeschlossen haben, wieder einzutangen.

Alles auf Grund der Wohlthätigkeit, die sich die Arbeiter selbst erweisen sollen. Wo mit dieser Wohlthätigkeit ist es nichts. Will Herr Dr. Sängers aber wirklich die Rolle des Wohlthäters und Menschenfreundes spielen, dann soll er „seinen“ Arbeitern den neunjährigen Arbeitsvertrag geben und angemessene Löhne bezahlen. An die Arbeiter aber richten wir die Mahnung, nicht ihre Freiheit für ein vorgelegtes Infingergeld zu verkaufen, nicht auf die Mattensängergelbe des Herrn Dr. Sängers und seines Helfers, des „großen Schreiers“, während der letzten Lohnbewegung hereinzufallen, sondern dafür zu sorgen, daß auch der letzte Arbeiter der Rüttgerwerke Erlner dem Arbeiterverband beiträgt.

zur Lage der Lithoponefabriken im Jahre 1912.

Die Lithoponefabrikation litt seit Jahren unter ungünstigem Absatz und niedrigen Verkaufspreisen, so daß die Gewinnaussichten der Unternehmer nicht so günstig waren. Im Frühjahr 1912 trat jedoch ein Umschwung ein. Die fortwährenden Steigerungen der Bleipreise wirkten verteuend auf das Bleiweiß ein, das im Laufe des letzten Jahres eine Erhöhung um 8 M. pro Doppelzentner erfahren hat. Diese enorme Preissteigerung bewirkte, daß die Konsumenten sich mehr nach dem sogenannten Bleiweißersatz, der Lithopone, umwandten. Die gesteigerte Nachfrage brachte für diesen Artikel einen guten Geschäftsgang und eine Preissteigerung. Letztere meint ziemlich unerwartet für die Fabrikanten gekommen zu sein, da viele ihre Jahresproduktion zu billigeren Preisen schon anfangs des Jahres verkauft hatten.

Der frühzeitige Verkauf der Jahresproduktion war im wesentlichen dadurch bedingt, daß die Fabrikanten mit der Bildung eines Syndikats im Laufe des Jahres rechneten und deshalb bestrebt waren, die letzte Jahresproduktion und Absatzmenge so hoch als irgend möglich zu steigern, um ein großes Kontingent zu erhalten. Daß dieses Bestreben von vielen Fabrikanten nur unter bedeutender Preisermäßigung erreicht wurde, steht fest. Trotzdem erreichte eine Anzahl von Fabrikanten nicht den gewünschten Erfolg. In denjenigen Fabriken, die zu niedrigen Preisen den größten Teil der Produktion an sich rissen, herrschte zurzeit ein lebhafter Geschäftsgang, sie können ihren Verpflichtungen nur mit Mühe nachkommen, ja sie müssen teilweise Aufträge für das laufende und nächste Jahr ablehnen. Wenn die Preissteigerung des Bleiweißes weiter anhält, wird die Lithopone ebenfalls weitere Preissteigerungen erfahren, zumal auch die anziehenden Leinölpreise diese Tendenz begünstigen. Ein anderer Umstand, der für eine weitere Preissteigerung spricht, ist der, daß die meisten Fabrikanten bei flottem Geschäftsgang nur wenige Vorräte für 1913 aufspeichern können, so daß die Voraussetzungen zu Preissteigerungen gegeben sind.

Die Syndikatsbestrebungen der Lithoponefabrikanten haben 1912 noch keine Förderung erfahren, die ausländischen Fabriken, ohne die ein dauerhaftes Abkommen nicht gut abzuschließen wäre, zeigen bisher noch wenig Neigung zu einem Lithoponesyndikat. Der gute Geschäftsgang und die infolge der höheren Preise ansteigenden Profite der Unternehmer müssen die Arbeiter der Lithoponeindustrie veranlassen, ihrer Organisation beizutreten, sie auszubauen und mit allen Mitteln zu fördern, damit auch sie eine Verbesserung ihrer Lebenshaltung erreichen.

Fortschritte des geschlichen Arbeiterbundes in den Vereinigten Staaten Amerikas.

Die Einführung der ärztlichen Anmeldepflicht für gewisse Berufsfrankheiten hat auch im Jahre 1912 in den Vereinigten Staaten Amerikas erfreuliche Fortschritte gezeitigt. Im Jahre 1911 hatten die Staaten: Kalifornien, Connecticut, Illinois, Michigan, Newyork und Wisconsin die Anmeldepflicht bereits eingeführt und 1912 haben Maryland und New Jersey dasselbe getan. Die amerikanischen Zündholzarbeiter sind in beschränktem Maße immer noch den Gefahren der Phosphorvergiftung ausgesetzt, weil kein Bleiweißphosphorverbot besteht. Eine Umfrage ergab, daß in 15 Fabriken 65 Prozent der Arbeiter der Gefahr der Phosphorvergiftung ausgesetzt waren. Auch in dieser Hinsicht ist durch Bundesgesetz vom 9. April 1912 ein Schritt zur Besserung getan worden, indem die Einfuhr für Bleiweißphosphorzündhölzer verboten und die im Inland hergestellten Bleiweißphosphorzündhölzer mit einer so hohen Steuer belegt wurden, daß sich deren Herstellung nicht mehr rentiert. Ein ganzliches Herstellungsverbot würde in Amerika als verfassungswidrig gelten, so daß die Durchführung des Zündholzarbeiterbundes nur auf diesem Wege möglich war.

Notizen vom Wirtschaftsmarkt.

Hamburg. Die Sprengstoffwerke Dr. K. Kahlens haben einen Rückgang des Reingewinns von 198286 M. auf 131937 M. zu verzeichnen. Für das Geschäftsjahr 1911 werden auf 2332000 M. Stammapflicht 2 (4) Prozent und auf 1163000 M. Vorgesamtien wieder 6 Prozent Dividende verteilt. — Köln. Der Reingewinn der August Ziegeln- u. G. für Kalkfabriken stieg von 243300 M. auf 271098 M. Ausgeschüttet werden wieder 14 Prozent Dividende. — Die Vereinigten Ultramarinfabriken, A. G., vormals Leberth, Felner und Konsortien, konnten ihren Reingewinn von 924171 M. auf 965219 M. steigern. Eine 12prozentige Dividende gelangt wieder zur Auszahlung. — Nürnberg. Die Bleistiftfabrik vormals Faber erzielte einen Reingewinn von 630355 (589991) M., aus dem wieder 15 Prozent Dividende ausgeschüttet werden sollen. — Berlin. Der Reingewinn der Thüringer Bleiweißfabriken vormals Anton Greiner, Dwe., stieg von 60810 M. auf 90647 M. Auf das 1. Million Mark bezogene Aktienkapital werden 6 (4) Prozent Dividende verteilt. — Schwelm. Die dortigen Bergwerke und chemischen Fabriken erzielten in der chemischen Fabrik in Höhe 264950 (224698) M. Reingewinn. Verteilt werden von dem aus allen Betrieben erzielten 1762350 M. Reingewinn 12, (9) Prozent Dividende. — Goldesfurt. Die Kaliwerke Goldesfurt haben im ersten Halbjahre 1912 einen Ueberschuß von 2,2 Millionen Mark erzielt gegen 2,5 Millionen Mark Ueberschuß des gleichen Jahres 1911. Die Gewinnsteigerung dürfte auf die am 1. Januar 1912 erhaltene höhere Dividendenquote zurückzuführen sein. Im Vorjahre wurden 18 Prozent Dividende verteilt. — St. Ingbert. Der Reingewinn der Pfälzischen Pulverfabriken fiel von 166240 auf 151367 M. Schuld am Rückgang sind die gestiegenen Salpeterpreise. Die Dividende beträgt wieder 8 Prozent.

Unfall-Note.

Ein schweres Unglück hat sich am 18. September in der Chemischen Fabrik Grünau; Landsdorf u. Meyer, Aktiengesellschaft, in Grünau, zugefallen. Durch Ueberhochen einer Maschine war dort in einem Fabrikraum ein Heiner Brand entstanden. Mehrere Arbeiter suchten die Flammen mit der Hausleitung allein zu löschen und sahen von einer Alarmierung der Grünauer Freiwilligen Feuerwehr ab. Während der Löscharbeiten kam ein Arbeiter der elektrischen Starstromleitung zu nahe, so daß er einen elektrischen Schlag erhielt. Er stürzte zu Boden, und als ein zweiter Arbeiter ihm zu Hilfe eilte und ihn berührte, übertrug sich der Strom auch auf ihn, so daß er gleichfalls umfiel. Rummerte wurde die Grünauer Feuerwehr herbeigerufen, die sich sofort um die beiden Verunglückten bemühte. Alle Wiederbelebungsversuche waren aber vergeblich, da bei beiden Arbeitern der Tod schon eingetreten war. Die Leichen wurden polizeilich beschlagnahmt. Ein dritter Arbeiter erlitt leichtere Verletzungen.

Schon wieder eine Explosion auf dem Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoffwerke.

Raum sind 8 Wochen seit der letzten Explosion, welche in der Sprengstoffanlage erfolgte, verstrichen, und schon wieder müssen wir von einer neuen schweren Explosion berichten. Am 20. d. M. gleich nach 1/10 Uhr erfolgte in einem Versuchsaum, in dem Nitroglyzerinpulver nach einem neuen Verfahren ausprobiert werden sollte, eine schwere Explosion. Schwerverletzt wurden ein Arbeiter, ein Feuerwerker und zwei Chemiker unter den Trümmern hervorgezogen. Schwersten verletzt sind der Arbeiter Otto Käily aus Reinsdorf, der vor allem im Gesicht schwer geschädigt worden ist. Der Chemiker Ruslow hat mehrere Verwundungen sowie Kopfverletzungen. Leicht verletzt wurde Feuerwerker Hl. Das neue Verfahren sollte eine bedeutende Verbilligung der Herstellung des Nitroglyzerinpulvers bezwecken.

Zement- und Ziegel-Industrie

An die Zahlstellenleitungen!

Die Zahlstellenleitungen werden ersucht, die noch ausstehenden Fragebogen zur Statistik in der Ziegel- und Zementindustrie bis 15. Oktober einzusenden, damit deren Bearbeitung beginnen kann. Fragebogen, die nach diesem Termin eintreffen, können nicht mehr berücksichtigt werden. Den Zahlstellen mit besoldeten Beamten diene dies zur besonderen Kenntnis.

Die Agitationsleitung.

Aus der hessischen und württembergischen Ziegelindustrie.

Die Ziegelindustrie in Hessen ist im Jahre 1911 gegenüber dem Vorjahre ziemlich stabil geblieben. Es wurden gezählt 191 Ziegeleien mit 3314 Beschäftigten, gegen 193 Betriebe mit 3346 Beschäftigten im Jahre 1910. Die Abnahme betrug mithin 2 Betriebe mit 32 Beschäftigten. Auf den Bezirk Darmstadt entfallen 51 Ziegeleien mit 798 beschäftigten Personen, auf den Bezirk Offenbach 33 Ziegeleien mit 821 Arbeitern, auf den Bezirk Sieben 52 Ziegeleien mit 883 Arbeitern, auf den Bezirk Mainz 13 Ziegeleien mit 315 Arbeitern und auf den Bezirk Worms 42 Ziegeleien mit 497 Arbeitern.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse lassen besonders in Oberhessen noch viel zu wünschen übrig. Die Gewerbeinspektion teilt darüber aus dem Bezirk Sieben folgendes mit: „Eine 12 stündige Arbeitszeit von früh 6 bis abends 3 Uhr war noch in zahlreichen Ziegeleibetrieben üblich, obwohl die Arbeit in gedeckten Räumen stattfindet und daher nicht vom Wetter abhängig ist. Dabei ist der Verdienst kein hoher. Die erwachsenen Arbeiter erhalten einen Tagelohn von 3 Mark. Fragt man die Unternehmer und Arbeiter, die nebenbei gewöhnlich Landwirtschaft treiben, und denen eine verkürzte Arbeitszeit sehr gut zu stehen käme, warum diese nicht eingeführt würde, so lautet die Antwort, die Konkurrenz von auswärts und noch mehr diejenige der Einheimischen trage die Schuld. Durch billige Preise suche einer dem andern die Randschaft absperrig zu machen und alle Versuche, Wandel zu schaffen, seien mißlungen.“

Die hier geschilderten Verhältnisse sind das Ergebnis der Organisationslosigkeit. In den Ziegeleien Oberhessens hat die Organisation bis heute noch nicht Fuß zu fassen vermocht. Wie schon oben erwähnt, betreiben die dortigen Ziegeleiarbeiter nebenbei noch etwas Landwirtschaft und glauben dadurch die Organisation entbehren zu können. Die paar Stücker Land reichen aber nicht aus, um das Leben zu fristen, die Arbeiter sind gezwungen, ihre Arbeitskraft dem Ziegeleibesitzer anzubieten, die dann deren Geschäftigkeit und die Tatsache, daß sie nicht allein auf den Arbeitslohn angewiesen sind, ausnutzen und die oben amtlich festgestellten Sekundarlöhne zahlen. So dürfen sich die Arbeiter täglich zwölf Stunden in der Ziegelei und dann noch einige Stunden auf ihrem Stücker Land abschinden, nur um das dürftige Brot zu erringen. Eine gute Organisation könnte hier Wunder wirken, denn bei der genannten Arbeitszeit und Bezahlung wäre Bezug von fremden Arbeitskräften kaum zu erwarten.

Im Bezirk Offenbach wurde der Brennmeister einer Dampfziegelei mit 6 Mark bester, weil er trotz Verwarnung einen jugendlichen Arbeiter am Pfingstsonntag mit dem Bedienen des Ringofens beschäftigte. Eine gleichzeitige Strafverfolgung des Ziegeleibesitzers wurde von der Staatsanwaltschaft abgelehnt mit der Begründung, der Ziegeleibesitzer habe auf den Brennmeister keinen Einfluß und auch keine Kenntnis von der genannten Uebertretung. Die Gewerbeinspektion betont aber demgegenüber im Bericht, es sei ganz unmöglich, daß dem Ziegeleibesitzer die Sonntagsarbeit des Jugendlichen verborgen geblieben sei, da der betreffende jugendliche Arbeiter seit Beginn der Kampagne jeden Sonntag am Ofen beschäftigt wurde. Die Sündigkeit der Staatsanwaltschaft hat also in diesem Falle völlig versagt. Es kann dieser aber auf die Spur geholfen werden, wenn alle derartige Gesetzesübertretungen der Organisation sofort gemeldet werden.

Ein tödlicher Unfall ereignete sich in einer Ziegelei des Bezirks Mainz. Ein jugendlicher Arbeiter fuhr trotz des Verbots mit dem Fahrstuhl. Der Fahrstuhl ist ein doppelter, geht der eine in die Höhe, so geht der andre herunter. Als die Fahrstühle im mittleren Stodwerk in gleicher Höhe waren, wollte der Arbeiter während der Fahrt von einem auf den andern Fahrstuhl steigen. Es gelang dies aber nicht, er wurde erfasst und gegen das Führungsgerüst gedrückt, so daß er an den erlittenen Verletzungen starb. — Um den Ofen zu sparen, hatte ein etwas knauseriger

Ziegeleibesitzer in dem Aufenhaltsraum der Arbeiter einen offenen Aussofen aufgestellt. Mit Rücksicht auf die Gefahr, die durch die ausströmenden Gase für die Arbeiter entstand, wurde die Aufstellung unterlagert.

In Württemberg hat die Ziegelindustrie gegen das Vorjahr eine geringe Besserung erfahren. Es stieg die Zahl der Ziegeleien von 179 auf 184 und die Zahl der beschäftigten Arbeiter von 5265 auf 5738. Obwohl von den 184 Ziegeleien 172 von der Gewerbeinspektion revidiert wurden, ist der Bericht äußerst dürftig. Aus dem Bezirk III (Donaukreis und Oberamtsbezirk Söflingen) wird mitgeteilt, daß die Beschaffenheit der Schlafräume, Küchen, Waschräume und Aborte für Wanderarbeiter in Ziegeleien sich etwas gebessert habe, aber Reinlichkeit und Ordnung fehle bei den ausländischen Arbeitern meist noch vollständig; die Wascheinrichtungen würden nur selten benutzt. Diese Beobachtung kann aber auch bei zahlreichen inländischen Wanderarbeitern gemacht werden und besonders dort, wo die Arbeitszeit ein vernünftiges Maß überschreitet. Eine Arbeitszeit von 12 und mehr Stunden pro Tag, in Verbindung mit der aufreibenden Arbeit und mangelhaften Ernährung wirkt auf Körper und Geist erschöpfend und erzeugt Gleichgültigkeit auf allen Gebieten. Dazu kommt dann noch, daß die Wascheinrichtungen in der Regel unzureichend sind, so daß ihre regelmäßige und gleichzeitige Benutzung von allen Arbeitern gänzlich unmöglich ist. Der Ordnungs- und Reinlichkeitsfuss ist mithin mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen eng verknüpft; bessern sich diese, gewinnen die Arbeiter mehr Zeit und Mittel zum Leben, dann wird sich mit der Freude am Leben auch die Lust zur Ordnung einstellen.

Im übrigen wird noch berichtet über das, was die Ziegelei-Unternehmer für die Arbeiter alles getan haben; was sie unterlassen haben, wird verschwiegen. So hat die Aktienziegelei Gebr. Wetter in Mühlader für 150 dort beschäftigte galizische Arbeiter Unterkunftsräume mit Speiseküchen und Küche errichtet, während etwa 80 dort beschäftigte Italiener in Privatquartieren untergebracht sind. In den Ziegelwerken von Höfer u. Co. in Ransbach sind zur Unterbringung von ungefähr 200 fremden Arbeitern massive Wohnhäuser geschaffen worden. In den Schlafräumen können 175 Arbeiter in kleineren Zelassen 12 Ehepaare untergebracht werden. Jede Person erhält von der Firma eine eiserne Bettstelle mit Strohsack, Kopfkissen und einer Wolldecke. Wollen die Arbeiter Bettzeug oder Bettwäsche haben, so müssen sie sich dies selbst beschaffen. Für jeden Schlafräum ist Waschgelegenheit mit zulaufendem Wasser vorhanden. Die Badeeinrichtung besteht aus 8 Bädern mit Brausen, von der fleißig Gebrauch gemacht wird. Die Schlafräume sind nach der Nationalität der Arbeiter (Polen und Italiener) getrennt. Für die Reinhaltung der italienischen Abteilung sorgt eine besonders dazu angestellte Person, während dies in der polnischen Abteilung von den beiden polnischen Kochfrauen erledigt wird. Diese Einrichtung wird aber nicht etwa von der Firma unterhalten, sondern die Arbeiter haben dafür schwer zu bezahlen. Es werden den Arbeitern nämlich von jedem Stundenlohn 2 Pfennig in Abzug gebracht; das sind bei 60 Arbeitsstunden wöchentlich 1,20 Mark. Die Firma zahlt mit hin bei 200 Arbeitern wöchentlich 240 Mark an, was ebenfalls eine nette Verzinsung des Anlagekapitals darstellen dürfte. Die angeführte „Wohlfahrts-Einrichtung“ gibt der Firma also nicht nur die Möglichkeit, billige ausländische Arbeitskräfte zu beschäftigen, sondern sie macht damit auch noch ein ganz gutes Geschäft.

Ueber die Ernährung der italienischen Ziegeleiarbeiter in diesen Betrieben gibt der Gewerbeinspektionsbericht ebenfalls Auskunft. Die Verpflegung geschieht durch die Firma. Es wird den Arbeitern für 62 Pfennig und den Arbeiterinnen für 42 Pfennig wöchentlich Kostgeld betragt, mithin für Arbeiter 4,34 Mark und für Arbeiterinnen 2,94 Mark. Für jede Person wird durchschnittlich pro Woche gebraucht: 1184 Gramm Fleisch, 600 Gramm Nudeln, 334 Gramm Kartoffeln (?), 334 Gramm Zucker, 134 Gramm Salz, 80 Gramm Schmalz, 60 Gramm Käse, 63 Gramm Kaffee, 19 Gramm Fischöl, 33 Gramm Zwiebeln, 33 Gramm Tomaten, 40 Gramm Butter, 15 Gramm Pfeffer und 1,6 Liter Milch. Diese Aufstellung ergibt, daß bei einer solchen Kost für die Arbeiter die Gefahr der Fettsucht ausgeschlossen ist. Die Betriebsleitung will aber trotzdem die Ernährung gemacht haben, daß infolge der verarbeiteten „guten kräftigen Kost“ weniger Krankheitsfälle unter den Arbeitern vorkommen, was auch auf den Stand der Betriebskrankenkasse günstig einwirkt. Vielleicht ist die Förderung der körperlichen Gesundheit, die schon durch die oben bezeichnete „Kost“ erzielt wurde, für die ausländischen Arbeiter nun ein Ansporn, mehr als früher nach einer menschenwürdigen Lebenshaltung zu streben, von der sie jetzt noch weit entfernt sind.

Unzuverlässige Berichte der Gewerbeinspektion.

Schon des öfteren wurde an dieser Stelle betont, daß sich die Gewerbeinspektoren bei ihren Maßnahmen, Berichten usw. häufig allzu sehr von den Mitteilungen der Unternehmer und sonstigen Personen leiten lassen, erspart auch die andre Seite, die Arbeiter, zu hören. Daß bei dieser einseitigen Information auch die Berichte von Forderungen nicht berichtet werden, ist natürlich. So berichtet die Gewerbeinspektion von Mittelkranken in ihrem Bericht von 1911 aus einer Fabrik folgendes:

„Der Arbeiterausschuß einer großen Maschinenfabrik sprach sich aus Furcht vor Lohnentgang gegen die Einführung der Lohnbewegung aus, welche die Aufsichtsbehörden für geboten erachteten, um die zahlreichen Erkrankungen an Bleivergiftung durch Verwendung der Erntemaschine von Speisen während der Arbeitszeit herabzumindern.“

Auf die Richtigkeit dieser Anklagen kann, knüpfen wir bei der Besprechung des Gewerbeinspektionsberichts in Nr. 35 des „Proletarier“ die Bemerkung daran, daß die Haltung der Arbeiter offenbar von der Sorge um die Existenz diktiert sei, und daß sie deshalb der nötigen Aufklärung und der gewerkschaftlichen Organisation unzugänglich sind, durch die sie den Lohnausfall durch Lohnentziehung ausgleichen können. In der Logik dieser Schlussfolgerung dürfte nicht zu zweifeln sein. Denn wenn sich die Arbeiter nicht durch die Einführung der Lohnbewegung gegen eine Lohnsenkung wehren, die im Interesse ihrer Gesundheit liegt, so muß die Sorge um die Existenz größer sein, als die Sorge um die Gesundheit, und das kann nur dann in der Unwissenheit und Organisationslosigkeit der Arbeiter begründet sein.

Man wird sich an dieser Stelle auf A. B. beziehen, daß die betreffende Fabrik die Defensivität von G. B. anknüpft in

Auf a. B. sei, und daß weder die Auslassungen des Gewerbeinspektors, noch unsere Schlussfolgerungen richtig seien. Gelegentlich der Lohnbewegung von 1907 sei die Vesperpause auf Wunsch der Arbeiter abgeschafft und dafür die Mittagspause um eine halbe Stunde verlängert worden. Die Arbeiter seien bis auf wenige alle organisiert, wodurch eine Reihe hygienischer Einrichtungen eingeführt werden konnte, die einen Rückgang der Bleierkrankungen zur Folge gehabt hätten. Das Essen während der Arbeitszeit sei bei Strafe verboten und bis heute sei eine Bestrafung noch nicht erfolgt, was als Beweis gelten könne, daß während der Arbeit nicht gegessen werde und sonach die Vesperpause als überflüssig erscheine. Gelegentlich einer Bleierkrankung habe auf Befragen der Erkrankte dem Arzt mitgeteilt, er müsse während der Arbeit essen, da er von 1/2 Uhr bis 6 Uhr nachmittags nicht ohne zu essen aushalten könne. In seinem Pflichtgefühl habe der Arzt dies der Gewerbeinspektion berichtet, die dann bei der Betriebsleitung um Einführung der Vesperpause ersucht habe. Die Betriebsleitung habe sich auch dazu bereit erklärt, wenn die Arbeitszeit des Arbeiters dementsprechend verlängert werde; wogegen sich aber die Arbeiter in einer Versammlung gewandt und die Einführung der Vesperpause abgelehnt hätten.

Diese Darstellung zeigt, daß von einem Lohnausfall nicht die Rede war und daß sich deshalb der Arbeiterausschuß auch nicht aus „Furcht vor Lohnentgang“ gegen die Vesperpause erklärt haben kann. Die Arbeiter wollten nur keine Verlängerung der Arbeitszeit, die als Verlängerung wirken muß, und das ist begreiflich. Die Gewerbeinspektion war mithin falsch, ununterrichtet und wir hatten den irrthümlichen Bericht als amtlich feststehende Wahrheit betrachtet und besprochen. Den Eifer und die Besorgnis um die Arbeitergesundheit der Gewerbeinspektion in Ehren, nur wäre es auch für sie ratsam, bevor sie die Arbeiterhaft in solcher Weise moralisch belastet, bei deren Vertretern Erkundigungen einzuziehen. Das Ansehen der Gewerbeinspektion sowie auch deren Tätigkeit und Wissen könnte dadurch nur gewinnen.

Nun zu der Vesperpause selbst. Die Tatsache, daß bis heute noch keine Bestrafung wegen Essens während der Arbeit erfolgt ist, beweist noch nicht, daß nicht gegessen wird. Wie oben zugegeben wird, gibt es Arbeiter im Betriebe, die einer Vesperpause bedürfen. Dieses Bedürfnis wird durch das Essensverbot keineswegs beseitigt. Es ist den übrigen Arbeitern aber auch nicht zuzumuten, wegen der Glasurarbeit eine Verschiebung der Arbeitszeit hinzunehmen. Es gibt deshalb nur einen Ausweg, und der wäre, wenn Herr Bankel die Vesperpause ohne Arbeitszeitverschiebung und Lohnkürzung resp. Aufbesserung des Akkordlohnes nicht für alle Arbeiter gewähren will, diese wenigstens für die Glasurarbeiter einzuführen. Das wäre für die Glasurarbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von einer halben Stunde täglich, die ihnen bei ihrer gesundheitschädlichen Arbeit wohl zukommt. Vielleicht macht die Gewerbeinspektion ihren Einfluß in dieser Richtung geltend.

Lohnbewegung der Ziegelmeister.

Der „Zentralverband deutscher Ziegelmeister“ in Leipzig beschloß in einer Sitzung vom 25. August, für die Kampagne 1913 eine Akkordpreiserhöhung anzutreiben. Vertreten waren die Meistervereine der Bezirke Bochum, Chemnitz, Duisburg, Düsseldorf, Eisenach, Essen a. Ruhr, Gelsenkirchen, Kattowitz i. S., Köln, Lüneburg, Oldenburg, Siegen und Solingen. Der Bezirksverein Chemnitz nahm von der Lohnbewegung Abstand, da in diesem Bezirk schon 1911 eine zehnprozentige Erhöhung der Akkordpreise genehmigt wurde. Die übrigen Bezirksvereine waren damit einverstanden, daß den Ziegeleibesetzern und deren Organisationen folgende Eingabe unterbreitet wird:

„Anlässlich der wirtschaftlich schlechten Lage, in der sich der Ziegelmeisterstand schon seit mehreren Jahren befindet und infolge der dadurch von den Ziegelmeistervereinen gestellten und begründeten Anträge beauftragte der Zentralvorstand des unterzeichneten Verbandes in seiner letzten Sitzung die Geschäftsstelle, den Herren Ziegeleibesetzern die nachstehenden Beschlüsse zu unterbreiten und um deren Bewilligung zu ersuchen:

- 1. Zur Herbeiführung eines unbedingt notwendigen einheitlichen Vertrags- und Lohnungsverhältnisses für die Ziegelindustrie sind zwischen dem Ziegeleibesitzer bzw. dem Ziegelmeister einerseits und den Ziegelarbeitern andererseits die Bündigungsstermine auf den 1. und 15., die Lohnzahlungstermine auf den 7. und 21. eines jeden Monats in allen denjenigen Ziegeleibetrieben, in denen diese Einrichtungen zurzeit noch nicht vorhanden sind, festzusetzen. In den mit den Ziegelmeistern für 1913 zu tätigen Verträgen ist diese Vereinbarung anzunehmen. Unberührt sollen hiervon die Vereinbarungen bleiben, die auf ein Arbeitsverhältnis der ganzen Kampagne lauten;
2. zur Handhabung der 14tägigen Lohnung am 1. oder 2. eines Monats eine monatliche Feststellung der hergestellten Produktion und Zahlung für dieselbe in der Höhe von 100 Prozent auf fertige, verarbeitete oder im Stempel liegende Ware; von 80 Prozent auf die im Ringstein, im Trockenschuppen, im Kaden, in den Gerüsten oder unter Strohmatten und Galgen liegenden rohen Ware und des dafür in Betracht kommenden Akkordlohnes;
3. a) für alle Ziegelmeister eine 10prozentige Erhöhung auf die Akkordsätze aller derjenigen Betriebe, denen seit dem Jahre 1906/07 eine entsprechende Erhöhung inzwischen nicht zugestanden worden ist;
b) eine 12 1/2prozentige Akkordpreiserhöhung für die Ziegelmeister, denen 1906/07 die durchweg bewilligte Erhöhung der 10 Prozent nicht ganz zugestanden worden ist;
c) eine gleiche Erhöhung von 12 1/2 Prozent für alle die Ziegelmeister, denen seit dem Jahre 1907 der damals bewilligte Akkordlohn inzwischen wieder reduziert worden ist;
d) bezügliche eine Erhöhung von 12 1/2 Prozent in den Fällen, in welchen den Ziegelmeistern in den Verträgen Bedingungen auferlegt worden sind, welche die Akkordsätze indirekt um ein Gleiches herabsetzen.

In Rücksicht darauf, daß es den Ziegelmeistern ermöglicht wird, während der bevorstehenden Wintermonate rechtzeitig genug gute Arbeitskräfte auf die Kampagne 1913 beschaffen zu können, ersuchen wir höflich um Bewilligung unserer Forderungen und baldige Antwort.“

Ob und in welcher Weise die Ziegeleibesitzer diesen Forderungen Rechnung tragen, bleibt abzuwarten. Hoffentlich zeigen sie sich etwas weniger bodenlos, als bei der diesjährigen „sympathischen“ Lohnbewegung der Arbeiter. Bedenke doch die Einführung der diesjährigen Lohnzahlung gegenüber dem heutigen Lohn, was dem zahlreichsten Arbeiter ihren Lohn größtenteils bis zum Kampagnenende setzen lassen müssen, auch einen Vorteil für die Arbeiter. Unverständlich aber ist es, daß man auch die Einführung der vierzehntägigen Bündigungsstermine von der Zustimmung der Ziegeleibesitzer abhängig machen will, obwohl diese den Ziegelmeistern in dieser Beziehung keine Vorschriften zu machen haben. Ebenso ist es mit der Aufrechterhaltung der Kampagneverträge. Will man keine gemundene Lohnsklaverei beschaffen und die Bündigung einstellen, so sollten es die Meister auch unter ihrer Würde halten. Ausnahmen sind, die nur als Zwangsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung aller erteilten Arbeitsverträge wägen. Wollen die Ziegelmeister dem Reichthum der Ziegeleiarbeiter wirklich Rechnung tragen, dann hinweg mit den Kampagneverträgen, die mehr oder weniger den Stempel der Unwissenheit tragen. Für die Ziegeleiarbeiter muß die Lohnbewegung der Ziegelmeister ein neuer Ansporn sein, ihre Organisation noch mehr zu festigen, damit auch ihre wirtschaftliche Lage, die mindestens so schlecht ist, wie die der Ziegelmeister, gebessert werden kann.

— Der Arbeitswille ist eine heilige Person. Auf die Kundfrage des Handelsamtmeisters bezüglich der Frage des Schutzes der Arbeitswilligen hat sich auch die pfälzische Handelskammer geäußert, und zwar sprach man sich über die Zusammenfassung dieser Kammer nicht anders zu erörtern, für eine frühere Ansetzung der §§ 240 und 241 des Strafgesetzbuches aus; jede Bestrafung eines Arbeitswilligen müsse als Mithing und Bestrafung bestraft werden. Mit dieser Bestrafung der strafrechtlichen Bestimmungen müsse ein noch festerer Schutz der Arbeitswilligen durch die Vollzugsorgane Hand in Hand gehen. Der Arbeitswille muß von seiner Wohnung bis in die Fabrik durch die Polizei geschützt werden.

In der Debatte lehrte der Kommerzienrat Rudolph v. D. w. w. (Ziegeleibesitzer) den unversäffelten Typ eines „Krupellosen Schmarhners“ heraus. Dieser Ziegeleibesitzer und Aufsichtsrat eines halben Dutzend Aktiengesellschaften dürfte nach dem Blut der Streikenden; in seinen Ausführungen sagte er unter anderem:

„Der gegenwärtige Zustand schreie zum Himmel. Wer werde denn von den strafrechtlichen Bestimmungen getroffen? Nur unordentliche Menschen, Gestübel und Agitatoren. Die Arbeitswilligen müssen in Zukunft besser geschützt werden, und wenn es Blut koste. Der Arbeitswille ist eine heilige Person, er muß geschützt werden koste es, was es wolle!“

Der militärische Oberstgarnmeister Rudovic kehrt politisch der nationalliberalen Partei an, seine blutrünstigen Ausführungen und sein Heiligentum mit den Arbeitswilligen fanden verständnisvolle Zustimmung bei der Mehrheit der pfälzischen Industriellen.

— Plauen i. Vogt. Wenn man in den jüngsten Ziegeleien einen Rundgang unternimmt, so findet man nicht selten noch Verhältnisse, die aller Beschreibung spotten. Nicht nur, daß verschiedene die Ziegelmeister die Arbeiter ziemlich rücksichtslos zu Arbeit antreiben, auch in bezug auf die persönliche Freiheit bleibt noch sehr viel zu wünschen übrig. Wir wollen für heute nur zwei Fälle herausgreifen.

Als im vergangenen Jahre die hiesigen Ziegeleiarbeiter in eine Lohnbewegung eintraten, stellten sich bei den Ziegeleibesetzern erhebliche Schwierigkeiten ein; am liebsten hätten sie alles abgelehnt. Da sie aber ihre Arbeit nicht allein verrichten konnten, fügten sie sich und schlossen mit der Organisation einen Vertrag ab, welcher den Arbeitern auch Vorteile brachte. Nur in den Ziegeleien Reithold und Klopfer war es nicht möglich, etwas zu holen, weil in diesen Betrieben die Arbeiter verstreut waren, sich zu organisieren. Es waren noch der Meinung, daß man durch demütiges Bitten mehr erreichen könne, als wenn man organisiert ist. Nur zu bald mußten die Leute aber einsehen, welche großen Fehler sie gemacht hatten, und im Frühjahr dieses Jahres traten auch sie dem Verbande bei. Dies schien aber weder den Besitzern, noch den Ziegelmeistern zu gefallen, und so setzte man denn alle Hebel in Bewegung, der Organisation den Garaus zu machen. Am tollsten trieb es in dieser Beziehung der Ziegelmeister Wornieger bei der Firma Reithold. In welcher Weise der Mann arbeitet, dafür folgendes Beispiel: Kürzlich hielten die Arbeiter eine Versammlung ab und ließen zu diesem Zweck am Tage vorher Einladungsbriefe in allen Betrieben verteilen. Wie dies immer abläuft, wurde diese Arbeit während der Pausen verrichtet. Als Herr Wornieger nach der Pause erfuhr, was in seinem Betriebe vorgegangen war, wurde er plötzlich sehr nervös und machte seinem Herzen durch überlautes Schreien Luft. Doch damit nicht genug. In einem Hause des Ziegeleibesetzters wohnt die Mutter des Bevollmächtigten der hiesigen Ziegeleiarbeiter, ebenso ein Kollege. Dorthin begab sich nun der Herr und vollführte in der Wohnung der alten Frau einen derartigen Wust, daß die Frau überhaupt nicht mehr wußte, was sie eigentlich tun sollte. Endlich ging er mit den Worten: „Am längsten habt ihr hier gewohnt; ich werde dafür sorgen, daß die Bude sobald als möglich geräumt wird!“ Wer die Verhältnisse in Plauen kennt, wird wissen, was solche Bedrohungen, wenn sie in die Tat umgesetzt wird, für Folgen hat. Es wäre dem Kollegen und auch seiner Mutter bei der derzeitigen Wohnungsnot ganz unmöglich, Wohnung zu erhalten, und sie wären daher gezwungen, den Plauenischen Staub von den Füßen zu schütteln. Daß eine solche Maßnahme oftmals die Vernichtung der Existenz zur Folge haben kann, kimmert den Ziegelmeister Wornieger nicht.

Unheilvolle Zustände herrschen in der Ziegelei Klopfer in Kauchwitz. Dort führt jetzt ein Ziegelmeister den Regiment. Von diesem Manne, der bis vor wenigen Wochen noch gewöhnlicher Arbeiter war, sollte man doch annehmen können, daß er weiß, was er den Arbeitern schuldig ist. Aber weit gefehlt. Ausdrücke wie „Lumpen“, „Hunde“, „verflucht! Bande“ sind dem Herrn am gelegentlich. Verzieht er sich doch sogar so weit, mit gebrannten Ziegeln seinen nach Arbeitern zu werfen. In diesem Falle haben die Kollegen nicht Gleiches mit Gleichem vergolten, sonst wäre es ihm traurig ergangen. Die Kollegen in den Ziegeleien können aus den beiden Fällen ersehen, wie schlimm es noch mit uns bestellt ist und daß es höchste Zeit ist, die notwendige Hilfe daraus zu ziehen. Jeder einzelne muß es sich zur Pflicht machen, in seinem Betriebe dafür zu sorgen, daß die Organisation gut ausgebaut wird, damit wir solche schändliche Behandlung entsprechend zurückweisen können. Weiter liegen heute die Dinge noch vielfach so, daß ein Arbeiter den andern schon schädel anknallt, wenn derselbe einige Pfennig die Stunde mehr verdient. Es glaubt so mancher, daß er diesen Schaden weit machen kann, wenn er sich als Schmierer bei dem Ziegelmeister oder Besitzer anstellt. Leider vergessen unsere Kollegen zu oft, daß wir dringend nötig haben, uns nicht gegenseitig aufzureiben zum Gaudium unierer Gegner. Aufklärung tut dringend not, damit die Kollegen einsehen lernen, daß nicht in unseren Reihen die Feinde stehen, welche wir zu bekämpfen haben, sondern daß es die Unternehmer sind, welche uns geschloffen gegenüberstehen.

Deshalb, Kollegen, aufgewacht! Es ist die höchste Zeit, daß die Mißstände beseitigt werden.

— Krollen (Anhalt). Eine für die hiesige Gegend eigenartige Praxis in bezug auf Einstellung von Arbeitern für die jeweilige Ziegel-Kampagne läßt die Leitung der Oppermannschen Dampfziegelei in Krollen schon seit Jahren aus. Obwohl ein Mangel an geeigneten Arbeitern nicht besteht, läßt sich die Firma in jedem Frühjahr fremde Arbeiter bald aus dieser, bald aus jener Gegend kommen. Der Grund für solche Manipulationen liegt zweifellos darin, daß man unter allen Umständen die Organisation der Arbeiter vom Betriebe fernzuhalten sucht. Die fremden Arbeiter sind nach Ansicht des Herrn Oppermann der Organisation noch nicht so zugänglich, wie die hiesigen Arbeiter. Der Profit ist dauernd gesichert und die Arbeiter in ihren Bestrebungen zerstückelt. Die durch allerlei Versprechungen und Vorspiegelungen herangezogenen fremden Arbeiter erhalten das Preisgeld von der Firma nach hier; dieses wird ihnen aber nach und nach vom Lohne wieder abgezogen. Nun wird ihnen versprochen, was die Kampagne ausmacht, und es heißt, daß die Arbeiter sich nicht zu beschweren haben, wenn sie nicht die Fremden Arbeiter anknüpfen und die Solidarität schämen lernen. Auch die fremden Arbeiter aus Genden mit anderen verhältnismäßig günstigen Umständen müssen mitarbeiten an dem Ausbau ihrer Organisation, und dann wird es auch Herr Oppermann lernen, daß er den Anstand nicht verlegt, wenn er eine vom Fabrikarbeiterverband erhaltenen Zuschrift beantwortet. Also, Arbeiter, Ziegler, vereint euch, organisiert euch!

Eingegangene Schriften.

Imperialismus oder Sozialismus? Unter diesem Titel ist in dem auf Veranlassung des sozialdemokratischen Parteivorstandes herausgegebenen „Sozialdemokratischen Flugblättern“ eine neue Broschüre von 16 Seiten als Fest XII erschienen. Sie kostet 10 Pf. und ist durch alle Parteibuchhandlungen zu beziehen. Bei Bezug in Massenverbreitung billigere Preise Auskunft gibt der Verlag Buchhandlung Bornworts Paul Singer & Co., Berlin SW 68.